Nr. 43. Donnerstag, den 20. Februar 1890. 7. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892.)
Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der Wahltag ist gekommen. Nicht brauchen wir Euch seine Bedeutung noch einmal vor Augen zu führen. Ihr wißt, was gerade jetzt auf dem Spiele steht. Nur die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels verbürgt Euch bessere Zukunft, sichert Euch Freiheit und Brot!

Seid auf dem Posten, thut Eure Schuldigkeit! Rüttelt die Gleichgiltigen auf, ermahnt die Säumigen, bringt Allen, die Unentschiedenen zum Entschluß!

Der letzte Mann muß heute an die Urne.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein: erwartet von keiner Seite Heil von Euch selbst.

Dem feigen, verrätherischen Freisinn müssen die Berliner Mandate, die er noch in Händen hat, entrissen werden. Dem Deutschfreisinn, der dritte Wahlkreis und wenn möglich auch schon der fünfte müssen uns gehören. Stellt dem Deutschfreisinn die Quittung aus für sein kartellbrüderliches Verhalten bei den letzten Stichwahlen.

Schlagt aber auch die Reaktion aufs Haupt! Die Zahl unserer Stimmen muß sich gewaltig abheben gegen die Zahl der Irregeführten, welche die Kartellbrüder durch demagogische Künste an die Urne locken.

Ein ganzer Sieg soll unser sein. Vorwärts in die Wahlschlacht!

Unsere Kandidaten sind:

1. Reichstags-Wahlkreis:

Gottfried Schulz, Zigarren-Händler.

2. Reichstags-Wahlkreis:

Konstantin Janiszewski, Buchbinder.

3. Reichstags-Wahlkreis:

Karl Wildberger, Tapezirer.

4. Reichstags-Wahlkreis:

Paul Singer, Stadtverordneter
aus Berlin, z. Z.: Dresden-Plauen.

5. Reichstags-Wahlkreis:

Albert Auerbach, Kaufmann.

6. Reichstags-Wahlkreis:

Wilhelm Liebknecht, Schriftsteller,
Borsdorf bei Leipzig.

An die sozialdemokratischen Wahlkomitees. Diejenigen Wahlkreise, deren Kandidat in die Stichwahl kommt, und die auf materielle Hilfe rechnen, werden gebeten, ihre Gesuche sofort an den Unterzeichneten einzusenden.

Dresden-Plauen, den 17. Februar 1890.

Für das Zentral-Wahlkomitee: A. Bebel.

Die Wahlbewegung.

Die Wahlparole: „Gegen die Sozialdemokratie und ihre Begünstiger!“ hat, soweit sich der Wahlkampf bis heute überschauen läßt, kein besonderes Glück gehabt. Wie schon die Fassung dieser Parole nichts weniger als packend und schlagend ist, sondern fade und langweilig lautet, so haben die sogenannten staatserhaltenden Parteien auch damit nichts anders zu bieten gewußt, als die ödesten und abgedroschensten Phrasen. Die Menge der alten abgenutzten Schlagworte gegen die Sozialdemokratie ist aus dem Archiv der patentirten „Staatserhalter“ hervorgeholt worden. Während die liberalen und konservativen Politiker den Sozialisten die bekannten „Umsturzpläne“ unterschieben, hat Herr Richter für den „freisinnigen“ Wähler ein anderes rothes Gespenst aufgeputzt, indem er behauptet, die Sozialdemokratie erstrebe unter Aufhebung aller persönlichen Freiheit einen „Zuchthausstaat“.

Alle diese Herren verrechnen sich. Sie glauben die „Intelligenz“ unseres deutschen Volkes zu bilden und müssen es erleben, daß ihre politischen Spiegelfechtereien nur noch in jenen ländlichen und Hinterwäldlerregionen ernsthaft genommen werden, wohin die moderne Bildung und Kultur vorzudringen noch wenig Gelegenheit gehabt hat.

Denn es heißt unserem Volke denn doch ein zu starkes Stück Köhlergläubigkeit zumuthen, wenn man ihm plausibel machen will, die Konservativen, Nationalliberalen und Ultramontanen, in letzter Linie auch die Freisinnigen, seien „staatserhaltende“ Parteien, während die Sozialisten dem gegenüber nur die auf den „Umsturz“ gerichteten Bestrebungen repräsentiren sollen.

Eine staatsfeindliche Partei tritt in diesem Kampfe überhaupt nicht auf; man müßte denn die Ultramontanen als eine solche betrachten, weil der moderne Staat nicht nach ihrem Geschmack ist, oder die große Bourgeoisie, weil diese sich gegen jeden Eingriff des Staates in die wirthschaftlichen Verhältnisse sträubt. Die Sozialdemokratie verlangt vom Staate energischer als alle anderen Parteien Schutzmaßregeln für Leben und

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.] [24

Die Vorstadt St. Antoine.

Historische Erzählung
von Tony Révillon aus den Jahren 1789—1792.
Deutsch von Ludwig Knorr.

Das Kind gehorchte, ohne ein Wort zu sagen.

— Glaubst Du, daß dies Gefäß hier stehen bleiben soll? Die kleine Herzogin zögerte, sie nahm das Gefäß in Hand.

— Wo soll ich es hintragen?

Die Frau zeigte nach dem wüsten Platze gegenüber dem Hause.

— Dort unten in der Mitte, hinter dem Haufen Steine.

Die Kleine stieg die Treppe hinunter, und überschritt, ohne sich umzusehen, den Platz mit schnellen Schritten, bis zur Stelle, die man ihr bezeichnet hatte. Als sie dort den schmutzigen Auftrag ausgeführt hatte, sah sie auf nach dem Hause hin. Die Fenster waren geschlossen Niemand zeigte sich hinter den Vorhängen.

Sie vergaß ihre Müdigkeit und die Schwere in den Gliedern, und fing an, so schnell sie konnte, zu laufen. Fast am Ende des Platzes, auf dessen rechter Seite, sah sie einen kleinen Durchgang, der sicher auf eine andere Straße führte. Nach diesen Durchgang angelangt, warf sie noch einen Blick nach der Seite des Hauses, um zu sehen, ob ihr Jemand folgt sei — sie sah nichts.

Sie versuchte nun die Miene eines Mädchens anzunehmen, dem Alles wohl bekannt ist und die eine Besorgung oder einen Besuch machen will. Ohne sich zu beeilen, passirte sie den Durchgang und bog in die Straße ein.

Sie stieß einen gellenden Schrei aus, als sie die Mutter Combat dort stehen sah, die in gereiztem, höhnischem Tone zu ihr sagte:

— Ich habe Dich erwartet!

Das Kind fiel, außer sich vor Schreck, vor ihr auf die Knieen.

— Auf, sagte die Frau, Du wirst nachher suchen, was Du dort vergessen hast. Für jetzt folge mir.

Sie faßte das Mädchen wie gestern an der Hand und stieg mit ihr zur Stadt hinab. Nach dem Bastillenplatze gingen sie über die Boulevards und kamen in die Vorstadt St. Dénis. Auf der Höhe der Vorstadt erhob sich ein altes, schmutzfarbenes Gebäude. Vor der Revolution war dies Haus ein Priorat; die Könige Frankreichs machten in ihrem Leben zweimal Halt vor diesem Gebäude: einmal, wenn sie von Rheims gekrönt zurückkamen, und dann, wenn sie nach St. Dénis in die Gruft getragen wurden. Später war das Haus dann abwechselnd Kaserne, Staatsgefängniß und Besserungsanstalt geworden. Man sperrte hier Mönche, Soldaten, Verschwörer und die Dirnen ein. Kein Haus in Paris hatte ein so trauriges und finsteres Aussehen. Auf einem schwarzen Steine war die zweifache Devise der Revolution mit weißen Buchstaben eingemeißelt:

Einheit. Untheilbarkeit der Republik.
Gleichheit, Brüderlichkeit oder den Tod.

Die Frau stand vor dem Haupteingange still, auf dessen Stufen Sansculotten Karten spielten, während die Piken an der Wand lehnten; sie drückte die Hand der kleinen Herzogin fester und sagte:

— Du siehst das Haus. Das ist ein Gefängniß, es heißt St. Lazare. Dort ist Dein Jean eingeschlossen, weil er gerufen hat: „es lebe der König“. Merke Dir das! . . .

Und die Mutter Combat, die gewohnt war immer nach einem bestimmten Ziele zu gehen, ohne sich aufzuhalten, ohne nach rechts oder links zu blicken, stieg die Vorstadt hinab und wandte sich dem Revolutionsplatze zu.

Der Henker feierte heute, aber die rothen Pfosten der immer in Thätigkeit bleibenden Maschine stachen unheimlich von dem weiten, leeren Platze ab. Die kleine Herzogin schloß die Augen, um sie nicht zu sehen.

— Ah, Du erkennst den Ort wieder! sagte die Frau. Ich habe Dich absichtlich hierher geführt, um Dich daran zu erinnern, daß Dein Vater hier gestorben ist. Dein Diener wird ebenfalls hier sterben, sobald Du jemals versuchen solltest, von uns zu entfliehen.

Das Kind zitterte wie ein vom Winde bewegtes Blatt.

— Ich will es nie wieder versuchen, niemals! . . . aber gehen wir schnell fort.

Als des Abends die Arbeiterfamilie wieder beisammen saß, erstaunten Michael und Jenny über die veränderte Haltung ihrer Dienerin: ihre Mienen blieben unbeweglich und ihre gestern noch so freundlichen Augen sahen heute gleichgiltig und kalt aus. Wenn man ihr sagte, thue dies, so blickte sie den Redenden starr an und that dann, was ihr geheißen war; immer gehorchte sie, ohne ein Wort zu sprechen.

Einige Male sprach Jenny sie an und richtete Fragen an sie, die jedoch nur mit Ja und Nein erwidert wurden, so daß Jenny sie in Ruhe ließ.

Gesundheit der Arbeiter. Die sogenannten staatserhaltenden Parteien glauben ohne Zweifel sehr schlau zu operiren, wenn sie dies Verhalten der Sozialdemokratie als „"taatsfeindlich" bezeichnen; aber sie werden eben bei den Arbeitern mit solchen Vorspiegelungen keinen Glauben finden, denn die Arbeiter sind viel einsichtiger, als die patentirten Staatserhalter glauben.

Seit fünfundzwanzig Jahren lügt nun das offiziöse und das andere reaktionäre und „liberale" Zeitungsgeschwister dem deutschen Volke vor, die Sozialisten planten eine Revolution, einen gewaltsamen Umsturz, und im Laufe dieser langen fünfundzwanzig Jahre liegt seitens der Partei keine einzige Handlung vor, welche dieser Lüge irgendwie eine Basis zu verleihen im Stande wäre. Der Unmuth über die erlittenen Verfolgungen mag manchem da und dort ein Wort entlockt haben, welches nicht gerade friedlich klang, aber wo bleiben die Handlungen? Und auf diese allein kommt es doch an.

„Ich rufe euch zur Scham zurück!" sagte einst Marat im Konvent, als ihn seine Feinde mit einer Sturzwelle von Verleumdungen überschütteten. Dieses Wort des französischen Demokraten schleudern wir denjenigen entgegen, die nichts anderes zu thun wissen, als den Sozialisten die aberwitzigsten Pläne unterzuschieben.

Kam es doch vor, daß dieser Tage ein Amtsrichterlein im Braunschweigischen das angebliche „Programm" der Sozialdemokratie in die Worte zusammenfaßte: „Die Sozialdemokraten trachten einfach nach Oben hin alles todtzuschlagen und dann zu theilen!" — Als die zahlreich anwesenden Sozialdemokraten in einen Sturm der Entrüstung ausbrachen und mit lautem Zwischenruf die schmähliche Verdächtigung für „Rumpitz" erklärten, waren die „staatserhaltenden" Herren höchlichst ungehalten darüber und die „staatserhaltende" Presse hatte nur zu thun, um ihren Aerger darüber Ausdruck zu geben, daß die Sozialisten sich die Verleumdung nicht hatten ruhig aufpacken lassen.

Jawohl, Rumpitz!

Mit all diesen Mitteln und Mittelchen wird der völlige und gründliche Sturz des Kartells nicht verhindert werden und auch die Freisinnigen werden da, wo politisch gebildete Arbeiter vorhanden sind, ihre Lockpfeife vergebens blasen. Unter den Arbeitern herrscht eine Rührigkeit zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei, wie noch nie zuvor. Es ist leicht zu erkennen für den, der sich auf politische Bewegungen versteht.

Aber es ist weder ein Zufall, noch eine Wirkung von „Agitationen", daß die sozialistische Wahlbewegung so hohe Wogen schlägt. Es ist einfach die Erkenntniß des Volkes, daß die Kartellpolitik ihm unheilvoll gewesen. Die Lebensmittelverteuerung und das Sozialistengesetz vor Allem haben weite Kreise, die sich sonst zurückhielten, für die Wahlbewegung interessirt. Man ist entschlossen, zu verhindern, daß wieder eine „Hurrah-Majorität" die Bänke des Parlaments besetzt.

Andererseits haben nun die alten Parteien so lange von „Arbeiterschutz" gesprochen, daß die Arbeiter erwarten, man werde ernstlich Ernst damit machen. Aber gerade im Augenblick, da die kaiserlichen Erlasse erscheinen, sind die alten Parteien bemüht, alle Vorbereitungen zu treffen, die geeignet sind, einer wirksamen Arbeiterschutz-Gesetzgebung Hindernisse jeder Art zu bereiten. Selbst zahme „liberale" Blätter wagen sich da in die Opposition. Haben doch die im Geruche offiziöser Beziehungen stehenden „Hamburger Nachrichten" gesagt, die Ankündigung einer neuen Arbeiterschutz-Gesetzgebung werde nur dazu beitragen, die „Begehrlichkeit" der Arbeiter anzustacheln!"

Unter diesen Umständen kann man begreifen, daß die Arbeiter das Vertrauen zu den konservativen und „liberalen" Parteien überall verloren haben, wo sie politisch selbstständig sind.

Das Wahlresultat muß dem entsprechend ausfallen und die Herren Kartellbrüder vor allen mögen sich gratuliren. Ihre Herrlichkeit wird so verschwinden, wie sie gekommen. Auch die Freisinnigen werden keine Seide spinnen.

Sie hätten es auch wirklich nicht verdient!

Was sich jeder Wähler heute einzuprägen hat!

Die wichtigsten Bestimmungen aus dem Reichswahlgesetz und dem Reglement dazu lauten:

Wähler für den Reichstag ist jeder Deutsche, welcher das 25. Jahr zurückgelegt hat, in dem Staate, wo er seinen Wohnsitz hat. Es ist also ganz gleich, ob er selbstständig ist oder nicht, ob er eigene Wohnung hat oder nur bei anderen einwohnt, ob er in Lohn und Brot eines Anderen steht. Einladungen werden nicht versandt, jeder über 25 Jahre Alte muß uneingeladen nach seinem Wahllokal kommen.

Jeder muß in dem Wahllokal wählen, welches für den Bezirk bestimmt ist, in dem seine Wohnung bei Aufstellung der Wählerliste (vor 4 Wochen) lag. Die Bezirke mit den Wahllokalen sind am Wahltag an allen Plakatsäulen angeschlagen.

Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen. Nach 6 Uhr dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben **will, geschrieben oder gedruckt,** zu versehen.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an welchem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt (wenn der Wahlbezirk aus mehr als einer Wählerliste **besteht, seinen Wohnort, in Städten, in welchen die Wählerliste** nach Hausnummern aufgestellt ist) seine Wohnung an.

Es ist stets gut, eine Legitimation mit in das Wahllokal zu bringen.

Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, welcher denselben unerö ffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß legt.

• • •

Der Stimmzettel muß derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Die Wahl ist eine geheime. Niemand hat das Recht, zu fragen, wen man wählen wolle oder wen man gewählt habe. Deshalb darf Niemand Furcht haben vor seinem sogenannten Brotherrn oder der Polizei und sonstigen Machthabern. Es ist Pflicht des einzelnen Wählers, jede ungesetzliche Wahlbeeinflussung dem Wahlkomitee des betreffenden Wahlkreises mitzutheilen.

Ungiltig sind:

1. Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind;
2. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten.
3. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist.
4. Stimmzettel, auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist.
5. Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Ein Abdruck aller Wahlbestimmungen (Wahlgesetz und Reglement) ist im Wahllokale auszulegen. Jeder also, der aus irgend einem Grunde zurückgewiesen wird, kann sich sofort überzeugen, ob das gesetzlich berechtigt war! Von jedem Uebergriff ist sofort dem Wahlkomitee der Partei Mittheilung zu machen.

• • •

Allen Abhängigen rufen wir folgendes ins Gedächtniß zurück: Die Stimmzettel müssen, wie erwähnt, von weißem Papier sein. Aber die Größe der Zettel ist nicht vorgeschrieben, auch nicht die Dicke des Papiers. Daher kam es früher stets vor, daß Brotherrn Zettel ausgaben, die durch die Größe sich von den anderen unterschieden oder dadurch, daß sie aus kartonartigem steifen Papier waren. Wähler, die bei der Wahl unter dem Druck politischer Gegner stehen und einen bestimmten, ihnen von Arbeitgebern, Arbeitskollegen, Geschäftskunden oder Regierungsbeamten eingehändigten Zettel, der äußerlich erkennbar ist, abgeben müssen, können sich dadurch ihr gutes Recht sichern und nach ihrer Ueberzeugung wählen, indem sie den gedruckten Namen ausstreichen und einen anderen, der ihnen besser erscheint, darauf schreiben. In der Wahlprüfungskommission des Reichstags wird die Praxis verfolgt, alle Stimmzettel, auf welchen ein gedruckter Name deutlich ausgestrichen und dafür ein anderer hingeschrieben ist, für giltig zu erachten, so daß der ausgestrichene Name als nicht vorhanden angesehen wird.

Sozialdemokratische Stimmzettel dürfen nicht konfiszirt werden. Nach einem Erlaß des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten 2c. vom 15. Oktober 1884 sind Stimmzettel für öffentliche Wahlen, welche im Wege der Vervielfältigung hergestellt sind und nur die Bezeichnung der zu wählenden Personen enthalten, nicht als Druckschriften im Sinne der Reichs- und Landesgesetze zu gelten haben. „Schon aus diesem Grunde würde nunmehr," heißt es in dem Erlaß, „eine Beschlagnahme von Stimmzetteln mit dem Namen sozialdemokratischen Kandidaten nach § 11 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, wie solche bei den letzten Reichstagswahlen von einzelnen Behörden verfügt worden sind, für ungiltig erachten sein."

• • •

Wahlbeeinflussung und unbefugte Einmischung bei der Wahl. Es kommt darauf an, rechtzeitig das Thatsächliche darüber festzustellen, um im Falle eines Sieges der Gegenpartei vor dem Reichstage die Wahl anfechten und die Ungiltigkeitserklärung herbeiführen zu können. Alle Mittheilungen dieser Art lasse man sofort dem Wahlkomitee zukommen. Besonders nöthig ist die Sammlung von Zeitungsartikeln, worin sich unzulässige amtliche Kundgebungen befinden, desgleichen Aufbewahrung bezw. Abschriftnahme von Zirkularen, endlich, soweit es sich um mündliche Beeinflussungen handelt, Aufzeichnung der Personen, der Zeit und des Inhalts der Unterredung. Nur auf Grund derartiger Anhaltspunkte einzelnen ist es möglich, seinerzeit mit Erfolg Anträge auf Untersuchung und Zeugenvernehmung im Reichstage stellen zu können. Man hüte sich aber stets vor Uebertreibungen und berichte lediglich die nackten Thatsachen; auch bringe man Zeugen bei.

• • •

Oft sind weniger wie hundert Stimmen entscheidend für den Ausgang einer Wahl, oft ersparen hundert Stimmen eine Stichwahl, welche Unsummen verschlingt, — darum man vor und bei der Wahl keine Mühe, alle Genossen an die Urne zu bringen. Zeit und Mühe werden reichlich belohnt. Wer sich heute frei machen kann, der stelle sich den Wahlkomitees der einzelnen Kreise zur Verfügung. Es werden derte von Hilfskräften gebraucht. Bedenkt, es giebt keine höhere Aufgabe als die, Eurem Stand zu dienen. Beweist Solidaritätsgefühl! Beweist, daß es durch gemeinsame Arbeit noch stärker geworden ist!

Politische Uebersicht.

Endgiltige Beschlüsse über die Einberufung des Reichstags werden erst nach den Wahlen gefaßt werden. In parlamentarischen Kreisen hält man aber — wie die „nationalliberale Korr." mittheilt — den Zusammentritt der Session gleich nach Ostern für wahrscheinlich.

Das Wahlrecht bedroht. Die „Berl. Pol. Nachr." beschäftigen sich in ihrer neuesten Nummer mit der Vielweiberei bei den Mormonen; wer in Vielweiberei lebe, habe keine politischen Rechte, auch kein Stimmrecht auszuüben. Das sei höchst vernünftig: „Wer ein Institut, welches zur Familie, zu den Fundamenten der staatlichen Gesellschaft gehört, nicht anerkennt, dem darf unseres Erachtens auch nicht einen Antheil am öffentlichen Leben einräumen. Es handelt sich dabei nicht um eine Einschränkung der politischen Rechte, sondern um den Schutz des Staates gegen Anarchie. Diejenigen, welche das Institut der Familie, des Eigenthums negiren, negiren damit den Staat; der Staat darf in ihnen also auch nicht politische Rechte anerkennen. Die Energie, mit der das Amerika gegen die Mormonen vorgeht, verdient die Beachtung aller europäischen Staatswesen, welche sich bedroht sehen durch eine Partei, die nicht nur die Familie, sondern auch das Eigenthum aufheben will." — Schützt Euer Wahlrecht!

Ein nationalliberales Flugblatt „An die Wähler des 6. Hannoverschen Reichstags-Wahlkreises" beginnt wie folgt: „Sozialdemokraten. Vom 1. Mai 1890 an ist alles Privateigenthum aufgehoben, das gesammte Vermögen jedes einzelnen Staatsbürgers ist an die Zentralstaatskasse abzuliefern. Es ist künftighin Privateigenthum zu erwerben. Jeder Staatsbürger, einerlei, ob Mann oder Frau, hat künftighin täglich 8 Stunden die ihm vom Verwaltungsrath vorgeschriebene Arbeit zu verrichten. Jeder Staatsbürger erhält für diese Arbeit eine gleiche Vergütung aus der Staatskasse. Die Ehe ist künftig „in höherer Form", „allein auf wahre Liebe" gegründet. Die Religion ist Privatsache. Alle Personen unter vierzehn Jahren sind an die Staatserziehungsanstalten abzuliefern, in welchen sie völlig gleichmäßig vom Staate erzogen werden. Alle Staatsbürger sind gleich. Die stehenden Heere werden aufgehoben und

---

— Sie ist stolz, meinte Michael.

— Das verhindert sie nicht, unser Brot zu essen, versetzte seine Frau.

Die kleine Herzogin war gerade im Begriff in ein Stück Brot zu beißen, als sie diese Worte vernahm; sie legte das Brot weg, zögerte eine Weile, um es dann doch weiter zu essen.

In der zweiten Nacht überwältigte sie sogleich die Müdigkeit, und sobald sie sich hinlegte schlief sie ein.

Beim Erwachen fand sie gleich ihre Arbeit vor.

So verfloß Tag auf Tag, Dekade auf Dekade und die kleine Herzogin bediente schweigend die Arbeiterfamilie.

Michael ging schon sehr früh weg und Jenny verließ ebenfalls, nachdem sie Fanfan gewaschen und angekleidet hatte, das Haus, so daß Henriette mit der Mutter und dem kleinen Jungen allein im Hause blieb.

Wenn die Wirthschaft besorgt war, setzte sich Henriette, mit einer groben Arbeit in der Hand, der Frau gegenüber, die nach ihrer Gewohnheit beständig strickte.

Beide arbeiteten dann mit gesenktem Kopfe, ohne zu sprechen. Manchmal trafen sich zufällig ihre Blicke; dann schien der der Frau zornig zu sagen: werde ich mit Dir, Tochter eines ci-devant, nicht fertig werden? während die Augen der anderen antworteten: Nein! — Dann werde ich Dich vernichten!

— Vernichte mich, wenn Du kannst, ich aber verachte Dich.

Mutter Combat pflegte sich dann schroff zu erheben. Sie gebot einen schweren Gegenstand aufzuheben, oder irgend eine widrige Arbeit zu verrichten. Henriette hob die Last auf, besorgte ihre Arbeit und das schweigsame Duett zwischen ihr und ihrem Henker wurde fortgesetzt.

Fanfan war ein gutes, pausbackiges Burschchen, der keiner Fliege etwas Böses anthun konnte, aber die Kinder ahmen den Erwachsenen nach, wie die Affen den Menschen. Das Kind sah, wie man die Fremde als Dienerin behandelte und machte es nach; es gab der kleinen Herzogin Befehle und schrie ihr zu:

„Bringe mir das!" Es spielte auch ihr gegenüber den Herrn. Mit sechs Jahren hatte es noch die Ansprüche eines kleinen, in der Wiege liegenden Kindes und fing an zu schreien, wenn man ihm nicht gehorchte. Eines Tages, als die Frau ausgegangen war, schimpfte es auf Henriette, die sich ihm kaltblütig näherte und ihm eine Ohrfeige gab.

— Ich werde es meiner Mutter sagen!

Sie gab ihm eine zweite Ohrfeige.

Darauf schwieg es. Am Abend wartete sie, ob es etwas sagen würde.

Aber das Kind sagte nichts.

Die Dekade.

Der folgende Tag schloß eine Dekade ab. Die Revolution hatte auf den Kalender das System der Gewichte und Maaße angewendet und der Ruhetag erschien jetzt nur jeden zehnten Tag. Freilich entschädigte man sich für den Ausfall dadurch, daß man am Ende des Jahres fünf Tage hintereinander feierte. Die neuen Sonntage wurden durch einige Feierlichkeiten verherrlicht, schon in aller Frühe weckten Kanonenschüsse die Patrioten. Um acht Uhr vereinigten sich die Nationalgarden mit der kleinen Besatzung von Paris, die nur 6000 Mann stark war, zu Uebungen und einer Parade. Die Maires und Adjunkten, wie alle Beamten der Gemeinde, zogen ihre festlichen Amtstrachten an. Da sah man in den Straßen nichts als Carmagnolejacken, gepuderte Haarschleifen, roth und weiß gestreifte Leinwandhosen, braune und blaue Röcke mit Stahlknöpfen, weiße Westen mit breiten Aufschlägen, Schärpen und Kokarden in den Nationalfarben.

In jedem Viertel gab es eine Göttin der Vernunft in blauer mit silbernen Sternen besäeter Robe, welche die Unendlichkeit und Ewigkeit der Materie symbolisch darstellen sollte; diese Göttin trat an die Spitze eines Zuges von Frauen und Bürgern, um die Pappel der Freiheit zu umtanzen. Die Prozession drang dann in die Tempel, und nachdem die Göttin auf dem Altare Platz genommen hatte, sangen — die Sitten der Alten nachahmend — die Gläubigen im Chore. Die Gesänge hatten moralische Abtheilungen; es gab da Gesänge für das Alter, für die Jugend und die Kindheit. Dann hoben die Frauen ihre Kinder in die Höhe und die Krieger schlugen an ihre Waffen — eine Hymne auf das höchste Wesen hallte von den Gewölben nieder, während die wohlriechenden Dämpfe der Rauchgefäße vom Altar in blaue Wolken hüllten.

Die Bürger begaben sich dann zu gemüthlichen Gastmählern, deren Preis zwischen sieben und vierzehn Sous schwankte.

Um zwei Uhr Nachmittags ging man auf den „Wall" spazieren.

So nannte man die mit Spazierwegen ausgestatteten Anhöhen, in deren Mittelpunkte ein symbolischer Baum, dessen Blätter und Früchte sich mit dreifarbigen Bändern mischten, gepflanzt war. Die schmalen sich hinaufwindenden Pfade waren mit Piken, dem Symbol des Krieges, eingefaßt.

Die Kinder spielten dort und schlugen Purzelbäume; auch suchten sie ihre Mutter zurück zu halten, um einen Redner zu hören, welche gegen die Hydra der Anarchie donnerten, die Tyrannen beschimpften oder für die Manes der gestorbenen Helden beteten.

Des Abends gab man sich mit mehr Leidenschaft jener Aufregung, die Arbeit und Vergnügen jener Zeit bezeichnen, der Unterhaltung und Zerstreuung hin — wie so wie heute noch.

Die Alten traten in eine Wirthschaft ein, wo sie für Franks in Assignaten für eine Flasche Wein zahlten; die jungen Leute gingen zum Tanze nach Romainville, nach St. Gervais, nach der „schönen Mühle" oder sonst einem der zahlreichen Lokale in den Vorstädten und der Banlieue.

Jane und Henri verbrachten die neun Tage, die dieser Dekade vorausgingen, in dem Glücke des Wiedersehens. Sich nach so langer Zeit wiedersehen zu können. Ein ganzes Jahr von einander getrennt zu sein und dazu in einem Jahre, das so viele Umwälzungen, Gefahren und Veränderungen gebracht hatte.

— Du hast, mich gerettet! wiederholte sie unaufhörlich.

— Und Du mich aufrecht erhalten!

— Ich bin glücklich, Dir Leben und Freiheit zu danken, mein Henri.

Und ich, daß ich Gelegenheit habe, meine Liebe der Welt zu zeigen.

(Fortsetzung folgt.)

Stellvertreter eingerichtet. Bis zum 15. April 1890 hat jeder Staatsbürger sein gesammtes Vermögen bei den vorgeschriebenen Stellen anzumelden und bis zum 1. Mai 1890 an die Reichsstaatskasse abzuliefern. Alle bestehenden Gesetze sind vom 1. Mai 1890 ab aufgehoben. — Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft."

So, lieber Leser, würde der erste Regierungserlaß, genau nach dem Muster des sozialdemokratischen Gothaer Programms vom Mai 1875 verfaßt, etwa lauten müssen, wenn die Sozialdemokraten jetzt die Herrschaft erhielten."

Es wird dann ausgeführt, daß es bei den Sozialdemokraten nur anders heiße, denn ihre Schriften enthielten davon nichts. „Wer trau, schau, wem!" heißt es dann weiter. Die Katze zeigt sich nicht vorher der Maus, die sie fangen will, die Kralle." Folgen dann weiter Verdrehungen sozialistischer Forderungen und Folgen der allerdümmsten Art, um die Wähler vor sozialistischen Gelüsten abzuschrecken. Sich über ein so albernes Machwerk zu ärgern, dazu haben wir keinen Anlaß. Also nur ein paar Worte. Der obige Vergleich der Sozialdemokratie mit einer Katze verpaßt genau der Denkungsart der Nationalliberalen, und diese Denkungsart haben dieselben schon sehr häufig praktisch bewiesen. Vor der Wahl triefen diese Herren von Arbeiterfreundlichkeit, bei der Wahl selbst schon und nach derselben zeigen sie ihre Krallen und beeinflussen die von ihnen abhängigen Wähler mit den verwerflichsten Mitteln und verfahren sie auf die lieblosesten und brutalste Weise. Vor der Wahl versprechen die Herren den Wählern, für alles Mögliche, den Wählern Nützliche zu sorgen, selbst dafür, daß sie ferner die Raupen den Kohl nicht mehr fressen, nach der Wahl stimmen sie für Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel, für Beschneidung der Volksrechte (siehe fünfjährige Legislaturperiode), für neue Steuern und mehr Militär. An die Versprechungen, die sie den Wählern gegeben, denken sie nicht mehr. — Wenn sie also von trau, schau, wem! sprechen, so machen sie das ihren Gegnern unter, was sie selbst schon hundert mal und öfter gethan. Sie setzen also bei ihren Gegnern eine ebenso „noble Gesinnung voraus, die sie selbst hegen; sie denken, ihre Gegner müsse genau auf demselben tiefen Gesinnungsniveau stehen, wie sie selbst. Die Nationalliberalen haben von je mit dem Volke gespielt, wie die Katze mit der Maus, und von ihnen gilt das Volk trau, schau wem! Daher der Abfall des Volkes von diesen „Edlen", daher das Auf-den-Sand-gerathen derselben, weil das Volk geistig erwacht und zu politischer Einsicht kommt. — Und nun mögen die Herren lustig weiter Vergleiche machen; es sucht keiner den andern hinter dem Ofen, der nicht selbst dahinter gesteckt hat.

Die Verwirklichung freiheitsfeindlicher Projekte befürchtet auch der Berliner Korrespondent der „Frankf. Zeitung", wenn der neue Reichstag wieder eine Kartellmajorität aufweisen sollte. Er schreibt: „Am nächsten liegt unserer Meinung die Gefahr, daß Aenderungen des Wahlrechts vorgenommen werden, es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Mandate und noch im höheren Grade die Stimmenzahl der Sozialdemokraten sich bei den bevorstehenden Wahlen erheblich vermehren werden. Den Eindruck, der sich machen wird, wird man wahrscheinlich verschiedentlich benutzen, unter anderem auch dazu, um Aenderungen des Wahlrecht als nothwendig hinzustellen, durch die das Anwachsen der Sozialdemokratie bei den Wahlen verhindert werden soll, oder, um es richtiger auszudrücken: durch die verhindert werden soll, daß das Anwachsen der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Ausdruck kommt. Das Bismarck'sche Wort, daß er sich vor dem dritten Dutzend Reichstag fürchte, und daß ihm die Sozialdemokraten lieber seien als die Freisinnigen, wird in Zukunft keine Geltung mehr haben. Als Mittel der Unterdrückung der sozialdemokratischen Stimmen bei den Wahlen sind oft empfohlen worden Beseitigung der geheimen Abstimmung oder Erhöhung der Altersgrenze für die Wahlberechtigung. Am nächsten liegt nach unserer Kenntniß der Verhältnisse die Gefahr, daß man die Beschlußfähigkeitsziffer des Reichstags herabsetzt, was ein neuer Beitrag zur Versumpfung des Parlamentarismus wäre. Als in der verflossenen Session der Reichstag wiederholt das traurige Bild der Beschlußunfähigkeit bot, wurde ein hervorragender Führer der Kartellparteien gefragt, wie das erst werden sollte, wenn ein Reichstag im vierten und fünften Jahre zusammensitze. Der sehr einflußreiche Herr war um die Antwort nicht verlegen, er meinte, daß die Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer und öftere Vertagungen des Plenums, während die Kommissionen weiter berieten, eine nothwendige und gewissermaßen selbstverständliche Ergänzung der fünfjährigen Legislaturperioden seien. Wir zweifeln nicht, daß eine neue Kartellmehrheit das auch bald beschließen würde, die Folge würde sein, daß noch mehr als bisher die wichtigsten Gesetze hinter den Koulissen vereinbart werden und daß die Majorität dann nur anrückt, ihr Siegel draufzudrücken."

Nichtgentlemen im Exportfach. Bekanntlich endete der Wiener Drechslerstreik seinerzeit dadurch, daß der Chef des größten Exportgeschäftes in Wien, Herr Hausmann, erklärte, die Lieferungen der Meister anzunehmen unter der Bedingung, daß man ihm liefern solle und die Produktion etwas eingeschränkt werde. Begreiflicherweise sahen sich die übrigen Exporteure durch diese Uebereinkunft in ihren Profiten geschmälert, und finden wir in mehreren Blättern folgende Mittheilung: „Die Agitation, welche gegen dieses Kartell unter den Meistern und Gehilfen betrieben wurde, blieb gänzlich erfolglos und es griffen nun drei Exporteure zu einem Kraftmittel, welches in den betheiligten Kreisen außerordentliches Aufsehen erregt. Vor einiger Zeit wandten sich die drei Exporteure Josef Jaff und Sohn, Alexander Langer und Co. und Eduard Kanitz und Co. an die Polizeidirektion mit einer Anzeige, in welcher sie gegen Hausmann — welcher amerikanischer Staatsbürger ist — die Anschuldigung erhoben, daß er die Wiener Perlmutt-Industrie zu Grunde richtet und durch Begünstigung der sozialistischen Bestrebungen eine mit Rücksicht auf die für den 1. Mai geplante Arbeiterdemonstration bedenkenswerthe Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung schaffe. Aus diesem Grunde wird um die Ausweisung Hausmann's aus den Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie ersucht." — An diesem Beispiele kann man sehen, wie weit Konkurrenzneid und Ausbeutungswuth gehen können. Weil Hausmann beim Drechslerstreik einfach als ein praktischer, weiter denkender Geschäftsmann handelte, der sich dabei gewiß nicht von ganz gemeinen Grundsätzen, aber von geschäftsmännischem Scharfblick leiten ließ, so denunziren ihn seine Konkurrenten als — „Bevorzugter" der sozialistischen Bestrebungen. Das sind dieselben, welche damals den Arbeitern weismachen wollten, daß die Einschränkung der Produktion ein großes Unglück für sie, die Arbeiter, sei. Weil Hausmann die Interessen weniger Leute — aber reicher — etwas geschädigt, sein Eintreten jedoch Tausenden armen Arbeitern eine geringe Aufbesserung gebracht, deshalb verlangen sie seine Ausweisung. Sie erzählen, daß Hausman die Wiener Perlmutter-Industrie zu Grunde richte. Wie ist damit aber die Thatsache vereinbar, daß bereits die volle, zehnstündige Produktion wieder aufgenommen worden ist? Und dabei verdienen jetzt die Perlmutter-Arbeiter in zehn Stunden mehr als früher in 15 und 16 Stunden. Die Geschichte ist wirklich ergötzlich und sie beweist die Wahrheit des Satzes, daß das Kapital, um eine gewisse Summe Profit einzuheimsen, vor keiner Anstands- und Gesetzesschranke zurückschreckt.

Verboten sind: 1) Durch die königlich sächsische Kreishauptmannschaft zu Bautzen a) das unter der Bezeichnung: „Wahlzeitung, Organ zum Umsturz der Lügen aller volksfeindlichen Parteien und Kliquen" von der „Rothen Garde" unterm 14. d. M. herausgegebene, im Verlage von Karl Neumann in Zittau erschienene und von Schoenfeld und Harnisch in Dresden gedruckte Flugblatt, sowie b) der von dem sozialdemokratischen Wahlkomitee Johann Schwabel und Genossen in Bautzen erschienene, bei Schoenfeld und Harnisch in Dresden gedruckte Aufruf: „An die Wähler des 3. sächs. Reichstagswahlkreises!" — 2. Durch das großherzogliche Kreisamt zu Oppenheim: a) Das im Verlage von C. Conrad in Mainz erschienene und bei J. Gottsleben daselbst gedruckte Wahlflugblatt, beginnend mit den Worten: „An die Wähler des Wahlkreises Bingen-Alzey" und endigend mit den Worten: „Georg Dörr, Stadtverordneter in Mainz. Das sozialdemokratische Wahlkomitee." 2) Das in demselben Verlage erschienene und ebenfalls bei J. Gottsleben in Mainz gedruckte Wahlflugblatt, beginnend mit den Worten: „An die Wähler des Wahlkreises Mainz-Oppenheim, Mitbürger, Wähler!" und endigend mit den Worten: „Herrn Franz Jöst, Landtagsabgeordneter in Mainz. Das sozialdemokratische Wahlkomitee." — 3) Durch Großherzogl. Staatsministerium zu Oldenburg, die bei Paul Hug in Bant gedruckte und von H. Ehlers in Oldenburg verlegte Druckschrift, welche die Ueberschrift: „Wähler des 1. oldenburgischen Reichstagswahlkreises" trägt und mit den Worten: „Am 20. Februar sollt Ihr wiederum zur Urne gehen" beginnt. 4) Durch die Herzogliche Kreisdirektion zu Helmstedt: Der im Verlage von H. Wassermann in Schöningen erschienene, bei A. Vogel u. Komp. in Braunschweig gedruckte Wahlaufruf „des sozialdemokratischen Wahlkomitees" an die Reichstagswähler des 2. braunschweigischen Wahlkreises, beginnend mit den Worten: „In wenigen Tagen" und schließend mit den Worten: „mit großer Majorität gewählt wird".

Schweden und Norwegen.

Christiania, 18. Februar. Der Nordlandfahrer Dr. Nansen hielt heute Abend in der Geographischen Gesellschaft hierselbst einen Vortrag über die von ihm geplante Nordpolexpedition. Derselbe beabsichtigt, ein möglichst starkes Schiff bauen zu lassen, mit stark eingebogenen Seiten, um vom Eise nicht zerdrückt, sondern eher gehoben zu werden. Die Fahrt soll durch die Behringstraße gehen und es soll versucht werden, mittelst der dort vorhandenen günstigen Strömung soweit wie möglich nordwärts zu gelangen und thunlichst bald die neu-sibirischen Inseln zu erreichen. Von hier aus soll die Weiterreise nach dem Nordpol stattfinden, bis wohin der Strom wahrscheinlich führe.

Großbritannien.

London, 18. Februar. Das Unterhaus lehnte mit 307 gegen 240 Stimmen den Adreßantrag Parnells, in welchem die irische Politik getadelt wurde, ab.

Frankreich.

Paris, 19. Februar. Das „Petit Journal" vernimmt, zwischen dem deutschen Botschafter Grafen Münster und dem Minister des Aeußern Spuller werde heute eine Unterredung stattfinden in Betreff der Erlasse des deutschen Kaisers und der Berliner Konferenz. Spuller werde jedoch eine bestimmte Antwort jetzt noch nicht geben; es gäbe gewisse Punkte, so namentlich die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden, in Betreff welcher die französische Regierung schon jetzt entschlossen sei, keine Abmachung einzugehen. — Das „Journal des Débats" zollt den Absichten des Kaisers lebhafte Anerkennung und erklärt, die Republik müsse dem Grundgedanken der Konferenz zustimmen, sich jedoch ihre endgiltige Antwort vorbehalten, bis sie die näheren Umstände, unter denen die Konferenz zusammentreten würde, vollständig kenne. Das „Journal des Débats," führt weiter aus: Was die Frage anlange, ob die Regierung der Republik die Einladung zur Konferenz annehmen dürfe, sei zu erwidern, daß die französische Regierung sich immer mit den Arbeiterfragen beschäftigt habe. Wie könnte sie also zugeben, daß diese Fragen auf einer internationalen Konferenz behandelt würden, ohne ihre Theilnahme? Zahlreich seien die politischen und ökonomischen Probleme, welche der Kaiser aufgestellt habe. Jede Regierung müsse zunächst noch gewisse Aufklärungen von Berlin erhalten, und sich der Bereitwilligkeit der anderen Mächte zur Theilnahme versichern. Einmüthigkeit sei unerläßlich, aber wenn die anderen Regierungen ihre Mitwirkung zusagten, könne Frankreich diesem Werke des Friedens seine Mitwirkung nicht versagen.

St. Etienne, 18. Februar. In der hiesigen Arbeitsbörse wurde heute eine Versammlung von Grubenarbeitern abgehalten und für die Gruben der hiesigen Bergwerksgesellschaft allgemeiner Ausstand beschlossen. Delegirte wurden beauftragt, diesen Beschluß auch den Grubenarbeitern der anderen Gesellschaften des hiesigen Kohlengebietes mitzutheilen, und es liegen Anzeichen vor, die befürchten lassen, daß der allgemeine Ausstand sich auf alle Werke des diesseitigen Kohlenreviers ausdehnen werde.

Paris, 17. Februar. Wir geben hier die Ergebnisse der gestern stattgehabten 9 Wahlen; die eingeklammerten Zahlen bezeichnen die Stimmenzahl, welche die Kandidaten bei der ersten Wahl erhalten hatten. Im 5. Pariser Bezirk findet Stichwahl zwischen dem Boulangisten Naquet der 3840 (4830) Stimmen, und dem Radikalen Bourneville, der 2575 (4745) Stimmen erhielt. Im 2. Wahlkreis des 13. Stadtbezirks siegte der Boulangist Méry mit 5710 (5806) Stimmen gegen den Sozialisten Basly, der 5543 (5784) Stimmen erhielt. Im ersten Wahlkreise von St. Denis wurde der Boulangist Goussot mit 4514 (4810) Stimmen gegen den Radikalen Péan, für den 3341 (4214) Wähler stimmten. Im zweiten Bezirk von St. Denis schlug der Boulangist Revest, für den 8401 (8867) Stimmen abgegeben wurden, den Republikaner Lourdelet, der nur 5095 (3590) Stimmen erhielt. Den dritten Wahlkreis von St. Denis (Neuilly) wird der Boulangist Laur vertreten, der mit 10 191 Stimmen über den Sozialisten Lissagaray, der 4953 Stimmen erhielt, siegte. Bei der Wahl vom 6. Okt. 1889 stimmten 10 724 Wähler für Laur und 8359 für Antoine. Im ersten Wahlkreis von Sceaux siegte Belleval (Boulangist) mit 11 622 (12 195) Stimmen über Goblet (Radikal), der 9829 Stimmen erhielt. Der Radikale Raspail hatte dort am 6. Oktober 9325 St. bekommen. Im Wahlkreis Mantes des Bezirks Seine-et-Oise mußte ein Abgeordneter an Stelle des verstorbenen liberalen Republikaners Lebaudy gewählt werden, der am 22. September 1889 7551 Stimmen erhielt, während auf seinen Gegner, den Republikaner Bunau-Varilla 5950 Stimmen abgegeben wurden. Gestern nun wurde Lebaudy [Sohn] (frei-republikanisch) mit 7559 Stimmen gegen Bunau-Varilla, der 4662 Stimmen erhielt, gewählt. Im Bezirk Tarn-et-Garonne wurde an Stelle des verstorbenen gemäßigten Abgeordneten Lasserra (9173) dessen Sohn mit 10 674 Stimmen gegen den revisionistisch Radikalen Mauvoisin, der 6764 (8980) Stimmen erhielt, gewählt. In Korsika siegte der Radikale Ceccaldi mit 6237 (6762) Stimmen über den Bonapartisten Graf Multedo, für den 4973 (6903) Stimmen abgegeben wurden. Es sind also 5 Boulangisten wiedergewählt und eine Stichwahl hat zwischen einem Boulangisten und einem Radikalen stattzufinden. Außerhalb des Seinebezirks wurden drei Republikaner gewählt. — Der „Radical" stellt angesichts dieser Wahlergebnisse fest, daß die boulangistisch-monarchistische Koalition noch immer besteht und daß es ein Fehler gewesen sei, die boulangistischen Wahlen für ungiltig zu erklären.

Wahlbewegung.

„Vom Wahlkampffeld" schreibt man uns: Ich habe in der letzten Zeit einen größeren Theil Deutschlands durchzogen, nach Kräften mich selber am Wahlkampf betheiligt, und überall genau beobachtet. Im Vergleich mit den früheren Wahlkämpfen, die ich seit es einen Reichstag giebt, sämmtlich mitgemacht habe, kann ich aus voller Ueberzeugung das aussprechen: Die Sozialdemokratie hat noch niemals eine solche agitatorische und organisatorische Kraft gezeigt. Ueberall ist sie im Vorrücken begriffen und sie operirt auf einer weit ausgedehnteren Fläche als bei irgend einer früheren Wahl. Namentlich sind viele, bisher unnahbar geglaubte ländliche Kreise in den Kreis der sozialdemokratischen Agitation hineingezogen worden, und zwar augenscheinlich mit dem besten Erfolg. Das rothe Gespenst thut keine Wirkung mehr. Seit dem Jahre 1878 ist es zu viel spazieren geführt worden und die besonnene Haltung der Sozialdemokratie hat, im Bunde mit den famosen „erzieherischen Resultaten des Sozialistengesetzes", dem rothen Gespenst richtig den Garaus gemacht. Und auch die Puttkamer'schen Kanonen, Posen und Zitate werden die zerfetzte Vogelscheuche nicht wieder zusammenleimen.

Wunderbar ist die Begeisterung und der Opfermuth der Arbeiter.

Die Gegner sind durchschnittlich muthlos — es fehlt ihnen an einer Parole, und sie merken, daß der Boden unter ihren Füßen schwankt. Die Lügen, die sie dem Volke vorgemacht, haben sich ihnen als Strick um den Hals gelegt. Und die kaiserlichen Erlasse, die sie als eine Rettungsplanke begrüßt hatten, haben ihnen vollends den letzten Wind aus den Segeln genommen. Daß man Arbeiterschutzgesetz-Forderungen nicht gegen die Sozialdemokratie ausnutzen kann, das dämmert selbst den dickschädligsten Kartellbruder auf.

Göhlsdorf bei Werder a. d. H., 16. Februar. Gestern Nachmittag war nach dem Lokal des Herrn Dähne, dem einzigen, welches hier für Arbeiterversammlungen freigegeben wird, eine öffentliche Wählerversammlung einberufen. Der Zudrang war aus der ganzen Umgegend ein massenhafter. Der Kandidat der Sozialdemokratie, Drechslermeister Tabert-Luckenwalde, sprach unter dem begeisterten Beifall der Zuhörer über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Draußen stand eine dichtgedrängte Menge, Kopf an Kopf. Um nun auch diesen den Vortrag zugänglich zu machen, wurden die im Saal Anwesenden veranlaßt, herauszugehen, um den Außenstehenden Platz zu machen. Herr Tabert sprach dann noch einmal. Man sieht, daß bei gutem Willen alles möglich ist.

Göttingen, 18. Februar. Man kann den hochinteressanten Wahlkampf in unserem Kreise nicht besser charakterisiren, als es unser famoser „kleiner Treitschke", der nationale und hochpatriotische Geschichtsprofessor Weiland, am vergangenen Sonntag in einer pathetischen Zornrede gegen die bösen Freisinnigen gethan hat. „Die Aufstellung eines freisinnigen Kandidaten in unserem Wahlkreise" — rief der tapfere Kartellvertheidiger — wird nur den Welfen zu Gute kommen; sie wird dazu dienen, den Sieg, den wir in 20jährigem Kampfe errungen, uns zu entreißen und ihn wieder in die Hände der Reichsfeinde gelangen zu lassen. Aber freuen Sie sich nicht zu früh, denn hinter Ihnen steht eine andere Partei, und das ist die Sozialdemokratie; die wird ernten, was Sie jetzt säen! Wer Wind säet, der wird Sturm ernten!

Wir erinnern uns nicht, jemals so richtige und treffende Worte aus dem Munde eines Professors und noch dazu eines nationalen Professors gehört zu haben. Ja, es verhält sich wirklich so: wir werden zuletzt die Ernte halten. Schon jetzt kann man mit Sicherheit voraussagen, daß die 270 Stimmen, welche unser Wilhelm Pfannkuch bei der letzten Wahl erhielt, sich verzehnfachen werden und ein hiesiges, unter der famosen Fahne der Unparteilichkeit segelndes bürgerliches Lokalblättchen sagt heute sogar: zur Stichwahl werde es entschieden kommen, man wisse nur nicht zwischen wem! Also auch in jenen Kreisen fürchtet man, daß die Nationalliberalen, welche 1887 schon im ersten Wahlgang über die damals einzige Gegenpartei von Bedeutung, die Welfen, siegten, jetzt nicht einmal zur Stichwahl kommen! Recht bezeichnend für die Stimmung im Kartell! Kommen wir aber diesmal in die Stichwahl, so werden wir bei den nächsten Wahlen siegen! — Und in diesem freudigen Vorgefühl eines noch vor wenig Wochen kaum geahnten, durch rastlose Agitation erkämpften Erfolges ist es für jeden Freund unserer Sache ein höchst ergötzliches Schauspiel, zu sehen, wie die feindlichen Brüder: Nationalliberale, Freisinnige und Welfen (und nun auch gar noch die Antisemiten, welche sich aber der Sicherheit halber auf Druck und Schrift beschränken) sich gegenseitig so wacker in den Haaren liegen! Da bestreiten die Kartellmänner den Freisinnigen ihre erst vor Kurzem so kostspielig bewiesene „monarchische Gesinnung" und müssen sich von den Welfen vorwerfen lassen, daß sie ihren eigenen König 1866 verlassen haben! Und so geht es fort: der Herr Oberbürgermeister erklärt amtlich die Wahl des freisinnigen von Bar für „gefährlich", und dieser bemüht sich krampfhaft, seine Unschuld darzustellen, die Bauern trinken das nationale Bier und lassen die Reichsfeinde leben, die Kartellbrüder verschicken aus Versehen freisinnige Stimmzettel in ihren patriotischen Kouverts — kurz, das Ganze ist eine Komödie für Götter! Wir aber haben unsere stille Freude daran, denn das Eine wissen wir: wie die Würfel für jetzt auch fallen mögen, wir werden doch endlich den Sieg behalten.

Roßlau bei Dessau, 17. Februar. Heute Abend fand hier in Sahlmann's Salon eine von ca. 1200 Personen besuchte allgemeine Wählerversammlung statt. Das Referat hatte Herr Benno Stabernack aus Berlin übernommen. Redner sprach über die bevorstehenden Reichstagswahlen, indem er dringend darauf hinwies, daß diesmal nur ein Mann gewählt werden dürfe, der voll und ganz gewillt sei, ausschließlich die Interessen des armen und arbeitenden Volkes zu vertreten. Redner kritisirte ferner die „Großthaten" des verflossenen Kartellreichstages, und trat warm für den Kandidaten der Sozialdemokratie, den Stadtverordneten Paul Singer aus Berlin, ein. — Bemerkenswerth für unser Städtchen ist, daß die große Firma Sachsenberg für den Abend ihre Feuerwehr zum Antreten befohlen hatte. Herr Stabernack ist — nach seinem ganzen Auftreten zu urtheilen — doch kein solcher Brandredner, daß seinetwegen die Feuerwehr in Bereitschaft gehalten werden muß.

Nordhausen. Die deutschfreisinnige Partei macht hier in unserm Kreise die größten Anstrengungen, das Feld zu behaupten, tagtäglich finden in den verschiedensten Ortschaften „freisinnige" Versammlungen statt. Aber überallhin verfolgen die Deutschfreisinnigen die Sozialdemokraten. Wohl über 10 Versammlungen wurden von Seiten der Sozialdemokratie abgehalten, in denen der Kandidat der Sozialdemokratie, Herr Theodor Glocke aus Berlin, auf die Ziele der Sozialdemokratie, sowie auf das volksfeindliche Verhalten aller Parteien hinwies, ganz besonders aber die heuchlerische Agitation der Freisinnigen einer scharfen Kritik unterzog. Ueberall waren die Versammlungen Kopf an Kopf gefüllt und erklärten sich begeistert für die Sozialdemokratie. Wenn am Tage der Wahl die Versammlungsbesucher noch von derselben Begeisterung beseelt sind, so ist für die sozialdemokratische Kandidatur das beste zu hoffen.

Auch eine deutschfreisinnige Versammlung wurde in dem bei Nordhausen belegenen großen Dorfe Salza von den Sozialdemokraten besucht, und die Herren Freisinnigen durch die erdrückende Majorität der Versammlung gezwungen, dem Kandidaten der Arbeiter, Herrn Glocke, sowie Herrn M. Baginski aus Berlin das Wort zu ertheilen, die in mehrstündigen Reden die ganze Jämmerlichkeit des heutigen wirthschaftlichen und politischen Systems und insbesondere die arbeiterfreundliche Haltung des Freisinns kennzeichneten.

Die Herrn Freisinnigen wollten sich durch einen von Lügen und Verleumdungen über den Verlauf der Versammlungen zusammengesetzten Bericht rächen.

Doch hat dieser Bericht die Entrüstung aller denkenden Arbeiter erst herausgefordert, und diese Entrüstung wird am 20. Februar zum Ausdruck kommen.

In dem Wahlkreise Leipzig-Land hat sich im Laufe der letzten Tage ein interessantes Wahlgeschichtchen zugetragen. Das sozialdemokratische Blatt „Der Wähler" brachte unter der Rubrik „Quittung über Beiträge zum Wahlfonds" auch die Notiz: „Von zielbewußten Mitgliedern des Militärvereins zu Plagwitz 9,10 M." Darauf erließ der Vorstand des letztgenannten Vereins eine Annonze, worin er eine Belohnung von 50 M. demjenigen zusichert, der den Einsender der genannten Notiz so namhaft machen könne, daß es möglich sei, gegen ihn einzuschreiten. Auf diese Annonze hin haben sich nunmehr vier Mitglieder des Militärvereins zu Plagwitz als die wirklichen Einsender gemeldet. Sie haben gleichzeitig ihren Austritt aus dem Verein erklärt, [illegible] sprochen aber die Belohnung von 50 M., die sie nun [illegible] dem sozialdemokratischen Wahlfonds zuzuführen beabsichtigen.

Belgien. Nach einer der „Voss. Ztg." aus Brüssel [illegible] den eigenen Drahtmeldung verbot der Bürgermeister der [illegible] Gemeinde Membach auf Anweisung des belgischen Ministers [illegible] Innern eine von den Sozialdemokraten der Stadt [illegible] (Regierungsbezirk Aachen) nach Membach einberufene Versammlung, in welcher Bebel als Reichstagskandidat aufgestellt [illegible] sollte.

Theater.

Donnerstag, den 20. Februar.

Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Die Märchentante.
Lessing-Theater. Die Ehre.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallner Theater. Der Hypochonder.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Berliner Theater. Gräfin Lea.
Deutsches Theater. Der Unterstaatssekretär.
Ostend-Theater. Maria Stuart.
Residenz-Theater. Marquise.
Bellealliance-Theater. Der Herrgottschnitzer von Ammergau.
Königstädtisches Theater. Der jüngste Lieutenant.
Central Theater. Ein gemachter Mann.
Adolf Ernst-Theater. Der Goldfuchs.
Theater der Reichshallen. Spezialitätenvorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Das
Alhambra-Theater
Wallnertheaterstraße 15
ist an
Vereine, Gesellschaften 2c.
mit sämmtlichen Nebenräumen,
Bühne, Tunnel 2c.
zu **Festlichkeiten** zu vergeben.
Näheres zu erfragen im Theater-Bureau.

Cirkus Renz.
Karlstraße.
Heute, Donnerstag, den 20. Februar,
Abends 7½ Uhr:
Zum 30. Male:
Deutsche Turner.
(Gesetzlich geschützt.)
Große nationale Original-Pantomime, Dekorationen, Kostüme, Requisiten, Wagen neu und prachtvoll, und drei Musikorps, inszenirt vom Direktor E. Renz.
Vorführen der 12 arab. Schimmelhengste durch Hrn. Franz Renz. Hamlet (Schulpferd) geritten v. Frl. Zephora. Auftreten der vorzügl. Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Auftreten der großartigen Künstlerfamilie Briatore.
Morgen: **Deutsche Turner.**
Sonntag: 2 Vorstellungen.
E. Renz, Direktor.

Englischer Garten
Alexanderstraße 27c.
Auftreten der Kostüm-Soubrette Frl. **Mertens.**
Auftreten des Gesangs-Humoristen Hrn. **Kalnberg.**
Auftreten der Kostüm-Soubrette Frl. **Lina Selar.**
Auftreten der Familie **Grosse-Doerington** in ihren Staunen erregenden, unübertroff. Leistungen.
Auftreten der vorzüglichen u. beliebten Duettisten **Gebr. Mundl.**
Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 30, 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 20 u. 30 Pf.
Sonntags Anfang halb 6 Uhr.
Sonntags Entree 50, reservirt 75 Pf., Orchester 1 Mark.
Vorverkauf Entree 40 Pf.

Passage 1 Tr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
Zum ersten Male: 4. Reise durch **Holland.**
Hochinteressant: **Hertha-Reise.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 M.

Voranzeige.
21. Unter den Linden 21.
Im Hause der Wilhelmshallen.
Sonnabend, den 22. Februar 1890:
Ben-Ali-Bey's
Vorstellungen in der
egyptischen und indischen Magie. 1421
Einzig in seiner Art.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler
Gustav Wolff,
am 18. d. Mts. gestorben ist. Die Beerdigung findet am 21. d. Mts. vom Trauerhause, Reichenbergerstraße 135, aus statt. Um stilles Beileid bittet
1454 **Die trauernde Wittwe.**

Verein zur Wahrung der Interessen d. Klavierarbeiter und Berufsgenossen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Gustav Wolf** am 18. d. Mts. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, Nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause, Reichenbergerstr. 135, aus statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht [1448] **Der Vorstand.**

Danksagung.
Allen Kollegen und Genossen, welche meinem lieben Mann, dem Schneider
Hermann Horn,
die letzte Ehre erwiesen, und mir hilfreich zur Seite gestanden, sage ich meinen tiefgefühltesten Dank. 1449
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Fachverein der Holz- und Bretterträger.
Morgen, Freitag, Abends 8 Uhr, Oranienstr. 180,
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Die wirthschaftlichen Umwälzungen der französischen Revolution." Referent: Herr J. Türk.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, in ihrem eigenen Interesse in dieser Versammlung zu erscheinen. 1443
J. A.: **C. Gefreis,** Kottbuserdamm 5, Querg. I.

Kranken- und Begräbniss-Kasse für die im Berliner Gürtler- und Bronceur-Gewerbe beschäftigten Personen.
(Eing. Hilfskasse Nr. 60.)
Sonntag, den 23. Februar d. J., Vormittags 10½ Uhr, in den „Zentral-Festsälen", Oranien-Straße 180:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresabrechnung und Jahresbericht des Rendanten.
2. Wahl des gesammten Vorstandes und der Ausschußmitglieder.
Quittungsbuch legitimirt. 1418

Freie Vereinigung der Lohgerber und Lederzurichter Berlins.
Wir machen hiermit bekannt, daß unser Maskenball am 22. d. Mts. im Schweizer Garten **nicht** stattfindet, da der Besitzer sich weigert, den Saal zu Wahlversammlungen zu geben. Der Maskenball findet daher am Sonnabend, den 1. März cr. in Böhow's Brauerei, vor dem Prenzlauer Thor, statt. Die für den Schweizer Garten ausgegebenen Billets haben **keine** Giltigkeit, sondern sind bei **G. Busse,** Münzstr. 23, umzutauschen. [1447] **Das Comité.**

Echten
Nordhäuser Korn
à Fl. excl. 75 Pf.
Berl. Getreide-Kümmel 90 Pf.
Ingberliqueur, beste Magenmedizin 90 Pf.
empfiehlt die Groß-Destillation von
Lettau & Keil, Sophienstr. Nr. 12,
an der Rosenthalerstraße.
Geschäftsschluß Abends 8 Uhr.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Fabrik. Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

American-Theater
Dresdenerstraße 55.
Täglich Vorstellung.
Mein **Lokal** sowie bill. Mittagstisch empf. **Kramer,** Koch- u. Wilhelmstr. Ecke.

Die **Lampenfabrik von Arlt & Fricke** hat ihren Arbeitern den 20. Februar als Feiertag freigestellt. 1450

Wo erfährt man die heutigen **Wahlresultate von Berlin, Hamburg und Altona zuerst?** bei
1446 **W. Haugk,**
Weinstrasse 22.

Allen Freunden und Genossen empf. mein **Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal.**
K. Scholz, Liebenwalderstr. 20.

Allen Freunden und Genossen empfehle ich mein
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
„Berliner Volksblatt" liegt aus.
H. Botsdorf,
1452 **Hochstrasse 1b.**

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich
Grösste Auswahl.
Garantirt sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1653 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hacke'schen Markt.

Masken-Garderobe
von
F. Stenzel,
Dresdenerstraße 118 (früher Nr. 21), empfiehlt sich 516
den Vereinen, sowie Lesern des „Berl. Volksbl." Reichste Ausw., bill. Preise.

Roh-Tabak sämmtlicher Sorten.
Größte Auswahl, billigste Preise.
727 **G. Elkhuysen, Münzstr. 10.**

Steppdecken-Fabrik
Emil Lefèvre,
Berlin, Oranienstr. 158.
Größte Auswahl! **Woll-Atlas-Steppdecken** imit. Handarbeit! 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux 7,50 Mark. Einzelne schadhafte Decken 3 und 4 Mark!
Illustrirte Preisliste gr. u. fr.

Allen Genossen
empfehle mein **Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal.** Vereinszimmer mehrere Tage frei. 1281
F. Mewes, Bergstr. 10.

Den Genossen halte ich meine
Masken-Garderobe
bei Bedarf bestens empfohlen.
Größte Auswahl! Bill. Preise.
Vereinen Preisermäßigung.
Fr. Panknin, Oranien-Strasse 178, Adalbertstr. 93.

Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte „Helm-Putz-Pomade" ist **nur** unser Erzeugniß. Dosen mit anderen Helmen und anderer Firma weise man als werthlose Nachahmung zurück.

Den Genossen empfehle bei Bedarf mein
Herren- u. Knaben- 1351
Garderoben-Geschäft.
Wilh. Pahr, Elisabethkirchstr. Nr. 8 am Pappelpl.

Den Freunden und Genossen halte meine **Masken-Garderobe** bestens empfohlen. 1404
Gedatus, Markgrafenstr. 9, vis-à-vis d. Besselstr.

Sophabezüge-Reste,
3½—15 Meter, unterm Kostenpreis. Fabriklager **Zimmerstrasse 86,** H. prt.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins. **Andreasstr. 23.**

Achtung!

Den Mitgliedern des **Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend** hiermit zur Kenntniß, daß die statutenmäßige Versammlung am **Freitag, den 21. Februar,** [illegible] **stattfindet.**

Der Vorstand.
J. A.: R. Nürnberg, Anklamerstr. [illegible]

2 gr. Volksversammlungen

am Donnerstag, den 20. Febr., Abends 8½ Uhr, im grossen Saale der Brauerei „Friedrichshain" am Königstor
und
im Saale der Brauerei „Patzenhofer" (Friedrichshain) Landsberger Allee 24—27.

Tagesordnung: 1. Die Verkündigung der Wahlresultate Berlins und der bis zur Zeit gemeldeten anderen Städte. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Einberufer.**

Grosse Wählerversammlungen

des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Die **Bekanntmachung** des **Wahlresultats** findet am Donnerstag, den **20. Februar, Abends 8½ Uhr,** in folgenden Lokalen statt:
1) **Deutsches Volkstheater,** Schönhauser Allee 156;
2) **Lehmann's Salon,** Schwedterstraße 24;
3) **Keller's Salon,** Bergstraße 68;
4) **Rehlitz' Salon,** Bergstraße 12.

Der Einberufer.

Wir haben eine ganze Menge Leinen- und Baumwollwaaren zu außergewöhnlich billigen Preisen angekauft und offeriren dieselben solche jetzt

sehr viel billiger.

Hemdentuche	gute Qualität, ohne jede Appretur, 5/4 breit	Mtr. 30 bis 40 Pf.
Renforcée	feinfädige Waare, hübsch dicht gewebt, 5/4 breit	Mtr. 40 bis 45 Pf.
Cretonne fort	fein u. rundfäd., sowie in der Haltbark. als i. d. Wäsche vorzügl.	Mtr. 50 Pf.
Shirting	in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für	Mtr. 25 u. 30 Pf.
Chiffons	in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für	Mtr. 30 u. 35 Pf.
Gutes Hausmacherleinen	jetzt	Mtr. 40 u. 45 Pf.
Gutes br. Hausmacherleinen	f. Laken jetzt	Mtr. 1 Mk.
Gute Küchen-Handtücher	in grau und weiß, ½ Dutzend-Packung	2 Mk.
Gute Stuben-Handtücher	½ Dutzend-Packung	2½, 3, 3½ Mk.
Echtes gutes Bettzeug,	Neueste Berl. Muster, 5/4 br.	Mtr. 35 u. 40 Pf.
Rosa und gestreifte Inlets	. . . .	Mtr. 50 u. 60 Pf.
Drilliche,	volle Bettbreite	Mtr. 75 Pf.
Reinl. Taschentücher	½ Dutzend Packung	1,25, 1,50, 1,75, 2 Mk.
Möbel-Cattune,	vollständig waschecht . . .	30 u. 40 Pf.
Teppiche	in allen Qualitäten und größere	4, 5, 6, 10 Mk.
Waschechte Hauskleiderstoffe	. . .	Mtr. 30 u. 40 Pf.
Wollene Kleiderstoffe	in sehr großer Auswahl	Mtr. 35 u. 45 Pf.

Zur Einsegnung
Schwarze
reinwollene Cachemires
sehr reelle Qualitäten,
Mtr. 1, 1,25, 1,50, 1,80, 2, 2,50, 3 Mk.
Winter-Mäntel in jeder Art jetzt viel billiger.
Regen-Mäntel in sehr großer Auswahl 10, 12, 15, 18 Mk.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstr. **Berlin.** Kommandantenstr.
Ecke Lindenstrasse.

Grünthalerstrasse 67 II. Wohnungen, gesund und billig, Parterrewohnung, in welcher bisher eine Restaurationshandlung betrieben worden, zu vermiethen. 1389

3 Säle sind zu Sonntag, Sonnabend und Wochentags an Vereine und Gesellschaften, zu Versammlungen u. Tanz zu vergeben, Oranienstr. 180. [1453

Schöne Wohnungen mit Wasserleitung und Kloset: Stube und Küche 90 Thlr., 2 Stuben u. Küche 70—80 Thlr. Weißensee, Prinz Handjerystr. 50, nahe der Vereinsbrauerei.

Einen Sohn achtbarer Eltern [illegible] hat die Buchbinderei zu erlernen. S. J. Saalfeld, Prinzessinnenstr. [illegible]

Verantwortlicher Redakteur: Kurt Packe in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 43. Donnerstag, den 20. Februar 1890. 7. Jahrg.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. März eröffnen wir ein neues Abonnement auf das „Berliner Volksblatt".

Durch neue maschinelle Einrichtungen sind wir in den Stand gesetzt, eine bedeutende Preisermäßigung in dem Abonnementspreise unseres Blattes eintreten zu lassen.

Unser Blatt kostet vom 1. März ab **frei ins Haus**

1 Mark 10 Pfennig

im Monat.

Für die Postabonnenten tritt die Preisermäßigung erst vom April ein.

Wir kommen hiermit den Berliner Arbeitern nach jeder Richtung hin entgegen, und wir erwarten daher, daß uns auch von allen unseren Freunden dasselbe Wohlwollen dargebracht wird, durch welches wir bisher unseren Standpunkt in der allgemeinen deutschen Arbeiterbewegung behaupten konnten. Kein Blatt hat mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, wie wir sie anfrige, aber doch hat unser Unternehmen durch die Hilfe der Berliner Arbeiterschaft eine erfreuliche Ausdehnung gewonnen.

Wir richten daher an die Berliner Arbeiter den Appell, nun unserseits, wie bisher stets auf dem Posten zu sein, damit die Arbeiterpresse endlich diejenige Stellung einnimmt, die ihr der politischen und wirthschaftlichen Bedeutung der Arbeiter gebührt.

Die Presse ist eine mächtige Waffe für die um ihre Befreiung kämpfende Arbeiterklasse; gerade jetzt sollten unsere Freunde weder ruhen und rasten, bis sie durch unser Blatt unsere Ideen hinein in die bisher gleichgiltigen Kreise getragen haben, die aus Unverstand oder aus Noth unserer Bewegung fern geblieben sind.

Wer überhaupt eine politische Zeitung liest, der kann auch das „Berliner Volksblatt" lesen, denn der Preis des Blattes ist so bemessen, daß auch der wenig bemittelte Arbeiter sich dem Blatte zuwenden kann.

Wir unsererseits werden in der Anerkennung, die uns zu Theil wird, stets einen Sporn erblicken, der uns zu neuen Anstrengungen treibt, um unser Blatt nach jeder Richtung hin auf der jetzigen Höhe zu halten, die ihm seinen bisherigen Zuspruch gesichert hat. Hauptsächlich an der Stärke der Arbeiterpresse kann man die Stärke der Arbeiterbewegung bemessen.

Redaktion und Verlag des „Berliner Volksblatt".

Wahlbewegung.

Die Wahlagitation in Sachsen.

Wie bei früheren Wahlen, so ist es auch bei der diesjährigen des Königreich Sachsen, in dem sich die Behörden durch Beeinflussung der Wähler in besonderem Maße hervorthun.

Die Kammerverhandlungen in der vorigen Woche, bei denen die Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten über die Versammlungsverbote im 17. Wahlkreis zur Sprache kamen, haben nur dazu beigetragen, zum Theil die unteren Behörden in ihrer Verfolgungs- und Unterdrückungssucht zu bestärken. Aus allen Theilen Theilen des Landes laufen Nachrichten ein, welche dies bestätigen.

Eine Reihe von Thatsachen aus den letzten acht Tagen mögen dies bestätigen.

Wie Liebknecht im 17. Wahlkreis (Glauchau-Meerane) das Reden verboten wurde, so geschah das gleiche Bebel. Als dieser am Montag in Ober-Lungwitz bei Glauchau sprechen wollte, wurde ihm dies verboten. Andere Anhänger der Partei durften in der fraglichen Versammlung sprechen, der frühere 10jährige Abgeordnete des Wahlkreises nicht. Die Entrüstung über das Redeverbot, das noch dadurch besonders auffallend wurde, daß Bebel Tags zuvor in dem eine Stunde weiter entfernten Wüstenbrand, im Verwaltungsbereich der Chemnitzer Amtshauptmannschaft ungehindert sprechen durfte, war allgemein und wird am Wahltag in passendster Weise zum Ausdruck kommen.

Dem Landtags-Abgeordneten Stolle, welcher Gastwirth in Gesau ist, wurde verboten, in einer Versammlung in seinem eigenen Lokale zu sprechen.

In einzelnen Theilen des 21. Wahlkreises (Annaberg-Johanngeorgenstadt), des 22. (Reichenbach-Auerbach) und des 23. (Plauen i. V.-Adorf) wurden den dort agitirenden sozialdemokratischen Kandidaten alle Versammlungen verboten.

Das gleiche geschah Paul Singer in Löbau und in Dresden.

Ein anderes vielfach praktizirtes Mittel, um Versammlungen unmöglich zu machen, ist die angebliche Ueberfüllung der Säle, was zur Auflösung der Versammlungen führt. So eifrig besorgt für das gesundheitliche Wohlbefinden der Wähler hat sich die Polizei noch nie gezeigt, wie diesmal. Es ist wahrhaft rührend, das mit anzusehen und nur bedauerlich, daß die Wähler dieser wohlwollenden Bevormundung mit der ausgesprochensten Feindseligkeit begegnen.

Findet sich ein Wirth, der den Einschüchterungsversuchen zum Trotz seinen Saal zu einer sozialdemokratischen Wahlversammlung hergiebt, flugs kommt eine Deputation der Behörde und mißt sorgfältig die Größe der Lokalität aus, um danach die Zahl der Besucher festzustellen. Drei Mann auf einen Quadratmeter ist das Normalquadratmaß für die Versammlungsbesucher.

Beginnt die Versammlung, so zählt die in der Thüre stehende Gendarmerie sorgfältig „die Häupter ihrer Lieben", wollte sagen die eintretenden Besucher ab. Verläßt einer derselben das Lokal, so wird er in Abzug gebracht. Damit aber die Veranstalter der Versammlung bei dieser offiziellen Auszählung nicht zu kurz kommen, postiren sie ebenfalls einige Mann und zwar zur Kontrole der Gendarmen an die Thür.

Alle diese behördlichen Manipulationen sind an sich ungehener kleinlich, sie zeigen aber den Geist, der unsere Behörden durchdringt und legen Zeugniß ab von der Weisheit und dem Verstand, mit dem der Staat regiert wird.

Doch die Vor- und Umsicht unserer sorgsamen Behörden geht noch weiter. Daß wird angeordnet, da die Thüren der Lokale nach außen schlagen müssen und also entsprechend abzuändern sind. Der Fußboden wird auch gemessen und die darunter liegenden Balken werden untersucht, ob sie auch die nöthige Tragfähigkeit für die offiziell zugezählte Wählerschaar besitzen und was dergleichen Schikanereien mehr sind.

Ferner wird mit Hochdruck auf Krieger- und Militärvereine gewirkt, um diese zur Agitation wider die „Reichsfeinde" und zur Massenabgabe ihrer Stimmen für die Kartellparteien zu bewegen.

Die oberste Leitung von Sachsens Militärvereinsbund fordert mit Hinweis auf die bekannte vorjährige Rede des Königs die Mitglieder des Bundes auf, in entsprechender Weise zu stimmen. Heuchlerisch erklärt man dabei, man wolle keine politische Agitation treiben, man hat also nicht einmal den Muth, offen zuzugeben, was man will und wünscht, obgleich es der Blinde mit dem Stocke fühlt.

Unter der Hand sind dann den Vorständen der einzelnen Vereine Aufforderungen zugegangen, am Wahltag mit ihren Vereinsmitgliedern geschlossen in die Wahllokale zu ziehen und ihre Stimmen für den Kartellkandidaten abzugeben.

Zu einer solchen öffentlichen Parteinahme würde man sich nach den Vorgängen im Reichstag bei den Wahlprüfungen gehütet haben, sähe man höheren Orts nicht mit großer Unruhe dem Ausfall der Wahl entgegen. Man hört und fühlt, daß heute ein ganz anderer Wind weht, als vor drei Jahren, man hört das Kartell in allen Fugen krachen und da sollen die Militärvereine die Stützen für das wankende Gebäude abgeben.

Da Sachsens Militär- und Kriegerverein ungefähr 80 000 Mitglieder zählen, die fast sämmtlich stimmberechtigt sein dürften, wäre eine solche Garde ein tüchtiger Stützpunkt für die Wahl, und vor drei Jahren waren sie es in der That.

Aber die Zeiten und die Anschauungen haben sich auch in den Militärvereinen geändert. Der Geist ist ein anderer geworden. Kommt es den Vorständen dieser Vereine bei, ihre Mitglieder zur Wahlurne kommandiren zu wollen, dann dürften sie die unangenehme Entdeckung machen, „daß sie viele sehen, die nicht da sind."

Als zum Beispiel vor einigen Tagen in einer industriellen Mittelstadt die zirka 1000 Mitglieder der Militärvereine zu einer Versammlung behufs Wahlbesprechung sich zusammenfinden sollten, konnte erst eine Stunde nach der angekündigten Zeit die Versammlung eröffnet werden und dann betrug die Zahl der Anwesenden kaum den achten Theil der Geladenen. Die Stimmung war dabei so frostig, daß man bald wieder die Versammlung schloß.

Aehnliche Vorfälle könnten mehrere erzählt werden.

Kurz, das Kartell ist verloren. Wo es noch siegt, siegt es nur durch die politischen und sozialen Machtmittel, die seinen Anhängern als Angehörige der herrschenden Klassen zur Verfügung stehen.

Die große Masse ist im höchsten Grade mißgestimmt und unzufrieden und darum die Begeisterung für die „Reichsfeinde", deren Versammlungen allüberall im Lande einen Zulauf haben, wie er bisher nie erlebt wurde.

Täuscht nicht Alles, so werden diesmal die Kartellparteien in Sachsen so gründlich den Mund gestopft bekommen, daß sie für längere Zeit die Sprache verlieren.

Im 3. Berliner Reichstagswahlkreise werden, wie die „Post" meldet, die Kartellbrüder, welche ihr Wahlrecht ausüben wollen, ihre Stimme für den Oberbürgermeister Dr. Miquel, der auch im Jahre 1887 Kandidat dieses Wahlkreises war, abgeben.

Bochum, 16. Februar. Der Bergarbeiter Bringewald ist von seiner Kandidatur nicht zu Gunsten des sozialdemokratischen Kandidaten Lehmann, wie irrthümlich gemeldet wurde, sondern des freisinnigen Kandidaten Lenzmann zurückgetreten.

Bremen, den 18. Februar. Herr W. Liebknecht hielt am Freitag, den 14. d. M., hier in den weiten Räumen der Zentralhalle vor einer Versammlung von weit über 6000 Wählern einen Vortrag, in welchem er auch die durch den herrschenden Militarismus entstandenen Schäden und Gefahren rücksichtslos aufdeckte und unter lebhaftem Beifall der ungeheuren Versammlung die Mittel und Wege angab, wie mit diesem unheilvollen System zu brechen sei. Da diese Ausführungen des Herrn Liebknecht in allen Kreisen, auch in solchen, die sonst der sozialdemokratischen Partei absolut fernstehen, ungetheilte Sympathie fanden, so sahen sich die hiesigen, weit verbreiteten, nationalliberalen „Bremer Nachrichten" veranlaßt, am 16. d. M. einen Artikel, betitelt: „Herr Liebknecht und die Sicherheit Deutschlands" zu veröffentlichen, in welcher in bekannter Manier die Rede Liebknechts kommentirt und verarbeitet wurde, allerdings in noch einigermaßen anständiger Form. Herr Liebknecht sandte darauf der Redaktion genannter Zeitung eine Berichtigung folgenden Inhalts: „Geehrter Herr! In Ihrem gestrigen Artikel über meinen Vortrag lassen Sie mich sagen, Deutschland solle den Anfang mit der Abrüstung machen. Ich habe eine solche Albernheit nicht gesagt, sondern, daß der Vorschlag zu einer internationalen Abrüstung von Deutschland ausgehen solle. Das ist ein großer Unterschied und das macht Ihre Schlußfolgerungen und Ausführungen, so weit sie sich gegen mich richten, hinfällig.

Ich habe auch die Gründe angegeben, warum Deutschland, meines Erachtens, die Pflicht der Initiative in der Abrüstung hat:

1. weil Deutschland der Sieger ist und
2. weil der moderne Militarismus eine deutsche, oder genauer, eine preußische Erfindung ist.

In wenigen Minuten muß ich die Heimreise antreten, habe also nicht die Zeit, die Materie eingehend zu behandeln. Das nur will ich bemerken, daß nach meiner Kenntniß der Menschen und Dinge die Friedensliebe in Frankreich mindestens ebenso weit verbreitet und mindestens ebenso intensiv ist wie in Deutschland, daß aber allerdings in allen Schichten der französischen Gesellschaft die Meinung verbreitet ist, Fürst Bismarck plane einen Ueberfall Frankreichs, sobald dieses sich eine Blöße gebe — und die Franzosen stützen sich dabei auf die chauvinistisch-provokatorische Haltung eines großen Theiles der deutschen Presse und zwar gerade desjenigen Theiles, der für offiziös gilt.

Angewiesen auf den Appell an die Furcht und die Leidenschaften arbeitet die Reaktion in Deutschland seit zwanzig Jahren mit dem Kriegsgespenst und mit dem rothen Gespenst. Mit Hilfe des rothen Gespenstes gelangten sie 1878 zur unbeschränkten Herrschaft. Wohlan, das rothe Gespenst haben wir Sozialdemokraten glücklich todtgeschlagen und im Vertrauen auf den gesunden Menschenverstand, der in den Massen unseres Volkes trotz alledem und alledem lebt, bin ich überzeugt, daß es uns gelingen wird, auch dem Kriegsgespenst den Garaus zu machen. Sind wir aber das Kriegsgespenst los, so ist auch der Militarismus gebrochen, und mit dem Militarismus das Rückgrat der Reaktion.

Achtungsvoll und ergebenst

Wilh. Liebknecht.

Dieser Brief hat in den „Bremer Nachr." natürlich keine Aufnahme gefunden.

Aus Sachsen, 19. Februar. Die Wahlagitation veranlaßte Ignaz Auer, die Ufer des Genfer Sees zu verl

Ubaldo Romero Quinones

ein spanischer Sozialist.

Madrid, Februar 1890.

Es ist durchaus eigenthümlich, wie sich die sozialistischen Ideen hier in Spanien entwickelt haben. Mehr ein Resultat der Ideenimpulse vom Auslande, als ein Ergebniß der eigenen wirthschaftlichen Entwickelung, hat der spanische Sozialismus noch sehr viele sentimentale und reintheoretische Elemente in sich. Mit geringen Ausnahmen in den letzten Jahren ist er vorwiegend utopisch und läßt sich vom Anarchismus eines Proudhon beeinflussen.

Auch Ubaldo Rumero Quinones ist zuerst bei jenem Anarchismus in die Schule gegangen, dessen Werke in Barcelona und in spanischer Sprache erschienen und dessen Einfluß bei den Kommunal- oder Kantonal-Aufstände im Jahre 1873 in Cartagena und anderen Orten ausschlaggebend war. Damals befand sich unser Verfasser als junger Husarenoffizier in den Reihen des republikanischen Heeres, das gegen die Aufständischen gesandt war, und dort war es, wo er zum ersten Male mit sozialistischen Ideen bekannt wurde. Er ist nicht der Einzige, der ausging um den Sozialismus zu bekämpfen und sein Anhänger wird, sobald er sich von dem wahren Wesen unterrichtet hat.

In einer langen Reihe von Erzählungen hat Romero Quinones die sozialen Zustände seines Landes mit ungeschminkter Offenheit geschildert. Seine „Anklagereden" haben ihn natürlich beim Kritikerplebs des Landes zum Gegner gemacht, trotzdem sind die zweibändigen Romane „Der Abschaum der Gesellschaft", und „Die Waisen" bereits in dritter resp. fünfter Auflage erschienen. Das erstere Werk schildert vortrefflich unsere sogen. „leitenden Kreise", jenes Pack mit ordenbedeckter Brust, das zu Geld und Ehren kommt, weil es eine schöne Frau besitzt, die es versteht, mit den Vorgesetzten umzugehen, und unsere Politiker, wahre Musterexemplare verkommener Spieler und Abenteurer.

Militärische, politische und soziale Schriften hat der Verfasser eine ganze Reihe veröffentlicht. Da hier die von ihm vertretenen Ideen wenig verbreitet sind, mußte er sich in seinen Bestrebungen vereinsamt fühlen und so erklärt sich der häufig wiederkehrende Pessimismus und jener bittere Ton, der unverstandenen Idealisten eigen zu sein pflegt. Derselben Ursache entspringt auch ein gewisser Autodidakten-Charakter seiner sozialen Schriften. Frische Luft der pulsirenden Wirklichkeit fehlt nicht selten jenen sozialen Utopien und mit grübelnder Ausdauer vertieft sich der Verfasser häufig in psychologische Probleme, deren Lösung mehr auf physiologischer Grundlage zu suchen ist, als auf wirthschaftlichem Gebiete. Selbst auf's schwierige Gebiet des Spiritismus und Hypnotismus verirrt sich Quinones nicht selten, indem er der südländischen Phantasie die Zügel schießen läßt.

Im Militärdienste hat es unser Verfasser jetzt bis zum Oberstlieutenant gebracht und gilt für einen der tüchtigsten republikanischen Offiziere. Beim letzten Pronunziamento des Generals Villacampa, am 19. September 1886, hat er ebenfalls eine hervorragende Rolle gespielt und nur mit Mühe gelang es ihm, beim unglücklichen Ausgange des Aufstandes der Wachsamkeit der Polizei zu entgehen. Vielleicht wird sein Name bald wieder in ähnlicher Veranlassung genannt werden, denn die Tage der Monarchie sind hier gezählt und in diesen Tagen erzählt sich Madrid von einem weitverzweigten Komplott, an dessen Spitze der Ex-Minister General Cassola stehe.

Da hier dem Militär öffentliche Theilnahme an der Politik untersagt ist, hat sich Quinones keiner Partei anschließen wollen. Seine in Katalonien (Sabadell) erscheinende Zeitschrift „Das Volksideal" (El Ideal del Pueblo) verfolgt indessen eine so entschiedene sozialistische Tendenz, daß über seine Meinungen hinsichtlich der politischen Parteistellung kein Zweifel obliegt. Bezeichnend ist, daß der ehemalige Anarchismus und Proudhonismus vom „Volksideal" heftig bekämpft wird und daß das Blatt als eines der entschiedensten Anhänger des deutschen Sozialismus bekannt ist.

Ernst Bock.

lassen und sich nach seinem Wahlkreis (Glauchau-Meerane) zu begeben. Als er am letzteren Orte Sonntag Vormittag eintraf, wurde er von einer gewaltigen Menschenmasse am Bahnhof empfangen und mit donnernden Hochrufen begrüßt. Die Gegner sind über die Rückkunft Auer's ganz verdutzt, sie hatten bereits ausgesprengt, er sei unheilbar erkrankt, und es sei darum unnütz, ihn zu wählen. Und wie wir sie kennen, würden sie auch nicht zurückgeschreckt sein, am Vorabend der Wahl oder am Wahltag auszusprengen, Auer sei gestorben. Solchen unsauberen Wahlmanövern hat Auer durch seine Ankunft die Spitze abgebrochen. Am Montag Abend sprach er vor einer riesig besuchten Wählerversammlung in Meerane und heute wird er in Glauchau sprechen. Bebel und Liebknecht, die ihn zu unterstützen bereit waren, wurde überall im Wahlkreis das Sprechen verboten. Dieser Willkürakt ist in einem heute zur Vertheilung gelangten Flugblatt, das Bebel unterzeichnete, scharf gegeißelt worden. Den Kartellbrüdern dürfte der 18. Wahlkreis, wie verschiedene andere, entrissen werden. Das ist die einzig gebührende Antwort für die Niederträchtigkeit, mit welcher man von jener Seite den Wahlkampf führt.

Das „Leipziger Tageblatt" jammert ganz kläglich; es fürchtet Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Kartellparteien, Eisengießereibesitzer Götz, und dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Bebel. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diesmal in Sachsen mehrfach Stichwahlen vorkommen. So im 20. Wahlkreis, in dem Gehlert, der Mann, der die Kunstbutter himmelblau gefärbt wünschte, gewählt war und im 23., den der Oberstaatsanwalt Hartmann im Reichstage vertrat.

Leipzig. Der „Wähler" schreibt: Es fehlt den „Ordnungsparteien", dem kindlich-unschuldigen Kartell an kräftigen Zugmitteln gegen die Sozialdemokratie, deshalb wird in den letzten Tagen vor der Wahl die „Brutalität" der Sozialdemokratie an grausigen Wege entweiten demonstrirt. So druckt der „Leipziger Dorfanzeiger" in Nr. 40 einen schauerlich albernen Drohbrief ab, den Herr Dr. Ferd. Goetz erhalten haben will. Die ganze Geschichte riecht stark nach ordnungsparteilicher Mache — denn was kann den Kartellbrüdern gelegener kommen, als irgend eine „That" eines unvernünftigen Menschen oder eines gekauften Subjektes? Wir könnten ja den Spieß umdrehen und eine ganze Reihe zotiger Drohbriefe abdrucken, die uns offenbar von Ordnungsflegeln zugesandt wurden — doch ist uns die Sache zu lächerlich. Herr Dr. Götz scheint durch derartige Dinge leicht zu irritiren zu sein, obwohl er sonst nicht schüchtern ist. Oder hält er den Aufputz der Sozialdemokratie als Schreckgespenst zur Durchdrückung seiner Kandidatur nothwendig? Damit dürfte der verehrte Herr allerdings keinen Hund unter dem Ofen vorlocken. Der „Dorfanzeiger" tischt bei dieser Gelegenheit noch eine andere Schauergeschichte auf, nach welcher ein Tischler aus Sangerhausen Herrn Dr. Götz auf öffentlicher Straße in der Nähe des bayrischen Bahnhofs insultirt habe, und zwar soll aus der Mitte einiger Arbeiter der Ruf ertönt sein: „Schlagt ihn doch nieder!" So wird dem „Dorfanzeiger" geschrieben — und der „Dorfanzeiger" druckt die Schauermär ab. — In letzter Stunde geht uns noch die „Leipziger Zeitung" zu, welche anscheinend auf den Vorfall gelauert hat, um ihn zu fruktifiziren. Auch sie hat gehört, daß der Ruf ausgestoßen wurde: „Den hauen wir nieder!" — Ferner weiß das Blatt zu berichten, daß Herr Goetz geschlagen und gestoßen worden sei. — Wir werden uns nicht wundern, wenn das „Tageblatt" morgen zu schreiben weiß, daß Herr Götz hat im Blute waten müssen. — Nach den uns gewordenen Mittheilungen verhält sich der Fall folgendermaßen: Auf dem hiesigen bayerischen Bahnhof aus einer Versammlung in Zwenkau angelangt, ruft aus einer Menge von Personen eine Stimme: „Ferdinand, wie schön bist Du!" — Wir wollen hierbei ausdrücklich betonen, daß wir derartige einfältige Redensarten in keiner Weise billigen, da durch derartige Insulten jedenfalls keiner Partei, denen es um einen ehrlichen Wahlkampf zu thun ist, genützt wird. Auf die Anrede des Rufers (es ist nicht festgestellt worden, wer Herrn Götz als schön anfingen wollte) fühlte sich Herr Götz zu antworten veranlaßt, und that einen sehr klassischen Ausspruch und bot dem ihm unbekannten Rufer Schläge an. — Darauf antworteten einige andere Personen und wurde, nachdem sich der Menschenknäuel, aus dem fortwährend Rufe „Schutzmann!" „Schutzmann!" ertönten, bis in die Albertstraße geschoben hatte, ein Tischler von einem Schutzmann arretirt. Auf der Polizeiwache angelangt, gab der Tischler seine Aussage dahin ab, daß er nicht gerufen und sagte, daß er in der Nähe des Herrn Götz gewesen, daß das Herr Götz doch auch bezeugen müsse. Der Mann wurde wieder auf freien Fuß gesetzt und wird demnächst, allerdings erst nach der Wahl, eine Aufklärung des Vorfalles stattfinden, und bis dahin, d. h. bis zum Wahltag, wird dieser Vorfall zu den schändlichsten Lügen benutzt werden, weil es gilt, das Schreckliche an der Sozialdemokratie „nachzuweisen". — Die „Leipz. Ztg." fragt „was sagt dazu die Parteileitung?" Wir fühlen uns allerdings nicht als Parteileitung, doch wollen wir kurz dem amtlichen Blatte eine privatime Antwort geben: Die „Leipz. Ztg." kann zunächst nicht beweisen, von wem der Ausruf kam: „Den hauen wir nieder!" Die bekannte Lindenauer Versammlung und der Skandalmacher Becher sind noch in zu frischer Erinnerung, als daß wir uns sofort mit dem Gedanken vertraut machen könnten, daß auch hier nicht eine gemachte Sache vorliegt. Abgesehen davon, daß der Rufer ein Provokateur gewesen, läßt sich auch nicht feststellen, ob derselbe nicht mit seinem Rufe den „Sänger" gemeint hat, der Herrn Götz anfingen wollte, daß der Ruf also von der Seite der Götz'schen Freunde gefallen ist. Die „Leipziger Zeitung" hat auf den „Lindenauer Rabenvater" noch nicht geantwortet und werden wir auch jedenfalls eine Antwort nicht erhalten, wenigstens nicht vor der Wahl, denn damit wäre der ganze zusammengelogene Bericht des „Tageblattes", der sich so schön ausnahm, blosgestellt. — Und wir behaupten, daß auch hier ein Schwindel, eine Provokation vorliegt, denn der verhaftete Tischler ist der Rufer nicht gewesen.

* * *

Der Magistrat veröffentlicht einige noch in letzter Stunde eingetretene Abänderungen hinsichtlich der Wahlvorsteher und Wahllokale sowie zweier Wahlbezirke für die Reichstagswahlen. Die Abänderungen hinsichtlich der Wahlvorsteher können wir als nebensächlich übergehen, dagegen bitten wir, folgende Abänderungen wohl zu beachten:

Bezüglich nachstehender Wahllokale muß es heißen:

Im 125. Wahlbezirk: 75. Gem.-Schule, Baruthersstraße 20, part. — nicht Aula.

Im 126. Wahlbezirk: 60. Gem.-Schule, Fürbringerstraße 33/4. Aula — nicht Klassenz.

Im 153. Wahlbezirk: 20. Gem.-Schule, Oranienstraße 26, part. — nicht Aula.

Im 312. Wahlbezirk: 52. Gem.-Schule, Fruchtstraße 38, Turnhalle — nicht Aula.

Infolge Umnummerirung der Thurmstraße bildet Beusselstraße 14 mit Thurmstr. 61 ein Grundstück und gehört deshalb nicht zum 498., sondern zum 499. Wahlbezirk.

* * *

Zum Wahltage. Während bei früheren Wahlen einzelne Wahlvorsteher die milde Praxis walten ließen, um 6 Uhr Abends nur die Thüren des Wahllokals zu schließen, von den im Wahllokale befindlichen Wählern aber auch noch nach 6 Uhr noch Stimmzettel in Empfang zu nehmen, scheint diesmal eine schärfere Auffassung der gesetzlichen Bestimmung überall angewandt zu werden. Der § 17 des Reglements zum Wahlgesetz lautet bekanntlich:

„Um sechs Uhr Nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Nachdem dieses geschehen ist, dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden."

Auf diesen Paragraphen macht die gesammte bürgerliche Presse mit besonderem Nachdruck aufmerksam. Es ist also anzunehmen, daß die Wahlvorsteher sich dieser Auffassung durchgängig anschließen werden. Daraus erwächst für jeden Sozialdemokraten die Pflicht, sein Wahlrecht zeitig im Laufe des Tages auszuüben, wenn die Partei nicht Schaden leiden soll. Die Wahl beginnt um 10 Uhr und dauert ununterbrochen bis 6 Uhr.

Lokales.

Das Zentral-Wahlbureau für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis befindet sich heute am Tage Wahl

Brunnenstraße 88, bei Gnadt.

Aus dem 2. Wahlkreise wird uns mitgetheilt, daß die freisinnige Partei Hauslisten herumgehen läßt, auf welchen sich die Hausbewohner einzeichnen müssen, welchem Kandidaten sie die Stimme geben wollen. Unsere Parteigenossen werden dieses Parteimanöver hoffentlich mit „gebührender Achtung" aufgenommen haben.

Berichtigung für den 1. Wahlkreis. In der am Dienstag veröffentlichten Annonze, betreffend die Lokale, an welche sich die Genossen zur Hilfeleistung wenden wollen, muß es an Stelle des Lokals: Feske, Georgenkirchstraße 23, heißen:

Kreuz, Kronenstraße 19.

Aufforderung. Alle diejenigen Genossen, welche am Tage der Wahl im 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis thätig sein wollen, werden gebeten, sich am Wahltag früh 8 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden:

W. Gründel, Dresdenerstr. 116 (Zentral-Wahlbureau für den dritten Wahlkreis).
Michaelkirchplatz und Josephstraßen-Ecke.
Alexandrinen- und Sebastianstraßen-Ecke.
Skalitzerstraße 18 („Zum lustigen Stiefel").
Bethge, Beuthstr. 10.
Volmar, Prinzenstr. 96.
Fleischmann, Dresdenerstr. 60.

Die Lokalkommission theilt uns mit, daß die Adler-Brauerei ihre Lokalitäten zu Versammlungen hergiebt.

Die Lokalkommission von Adlershof macht bekannt, daß die Schankwirthe Stibbekahl, Albrecht und Pluserer sich weigern, das „Berliner Volksblatt" und die „Berl. Volks-Tribüne" in ihren Lokalen auszulegen.

Die Metallschleifer der Firma Ludwig Löwe haben unter sich beschlossen, den heutigen Tag als Feiertag zu betrachten.

Den Arbeitern der Filzschuhwaarenfabrik, Elsasserstraße 5 (Moritz Winterfeld) ist der 20. Februar als Feiertag freigegeben worden.

Den Wirkern der Wollwaarenfabrik von Larr und Sohn, Wallstr. 67, ist der 20. Februar freigestellt worden.

Den Arbeitern der Henze'schen Fabrik ist der Wahltag frei gegeben; die gleiche Meldung liegt vor aus der Pianofortefabrik von L. Schmidt, Oranienstr. 154; aus der Eisengießerei von F. Behrend, Rixdorf, Delbrückstr. 37; aus der Tischlerei von M. Barth, Fruchtstraße 8; aus der Filzschuhfabrik von Müller und Schlitzweg, Neue Königstr. 83; aus der Möbelfabrik von J. C. Pfaff, Engelufer und aus der Pianofabrik Euterpe, Fruchtstraße 8.

Ein Wort ein Mann. Da es bisher nicht möglich war, in Zehlendorf einen Saal zu bekommen, sollte am Mittwoch etwas abseits von Zehlendorf eine Versammlung stattfinden und der Kandidat des Kreises, Buchdrucker Werner, daselbst sprechen. Der Wirth des Lokals „Eigners Höhe", Herr Thiemig, hatte das Lokal bereitwilligst zur Verfügung gestellt, und mit vollem Recht, da im Sommer wie im Winter hauptsächlich Arbeiter bei ihm verkehren. Doch es kam anders; dem Herrn fiel am Tage vor der Versammlung ein, daß eine Thür seines Saales nicht nach außen aufging, dies war ihm plötzlich Grund genug, sein dem „lieben Freunde" gegebenes Versprechen in einem eingeschriebenen Brief, welcher jetzt in der Anrede „Sehr geehrter Herr!" lautete, zu brechen. Woher mag dem Herrn wohl diese Weisheit gekommen sein? Vielleicht finden die Arbeiter es auch im Sommer bedenklich, sich in einem Saal zu amüsiren, dessen Thüren nicht nach außen aufgehen.

Ein verhängnißvoller Wahlkampf hat gestern Abend in dem Schanklokal von N. in der Wollankstraße stattgefunden und mit der Ueberführung eines schwer Verletzten zum Arzt geendet. Zwischen einer Anzahl Gäste genannten Restaurants war es infolge einer politischen Meinungsfrage zu Differenzen gekommen, die schließlich zu einer allgemeinen Schlägerei der erhitzten Gemüther führte und die nicht eher endete, bis der Weißgerber B. durch einen wuchtigen auf seinen Kopf geführten Schlag mit dem Bierseidel blutüberströmt zusammenbrach und nach Anlegung eines Nothverbandes nach seiner Wohnung geschafft werden mußte. Nach Ausspruch des Arztes wird der schlagfertige Wähler während des Wahltages das Bett hüten müssen; dem unbekannten Thäter gelang es leider, zu entkommen.

Das öffentliche Angebotsverfahren und die Erscheinungen, welche es zu Tage fördert, werden in drastischer Weise gekennzeichnet durch ein Vorkommniß, das gegenwärtig in den Kreisen der hiesigen Bauunternehmer vielfach besprochen wird. Anfangs d. M. fand die Eröffnung der Angebote statt, welche für die öffentlich ausgeschriebene Ausführung der Maurerarbeiten zu der Oderstrom-Brücke bei Alt-Reudnitz abgegeben waren. Diese Brücke bildet einen Theil des in der Ausführung begriffenen Eisenbahn-Neubaues der Strecke Wriezen-Jädickendorf und ressortirt beim Direktionsbezirk Berlin. Es hatten sich neben einigen anderen Unternehmern denn auch hauptsächlich solche aus Berlin gemeldet. Im Ganzen waren acht Angebote eingegangen. Die Arbeiten umfassen 3 Gruppen und zwar die erste: Herstellung von drei Strompfeilern im offnen Wasser und von zwei Krahnpfeilern; die zweite Gruppe: Herstellung von zwei Endpfeilern und drei Zwischenpfeilern der Strombrücke; dritte Gruppe: zwei Endpfeiler und acht Zwischenpfeiler der Fluthbrücke auf dem Vorland. — Für die Herstellung dieser Arbeiten forderte ein Frankfurter Unternehmer insgesammt 328 382 M. Diesem Betrage ziemlich nahe kamen drei Unternehmer aus Berlin, während als Mindestfordernder ein Unternehmer aus Eberswalde sich gemeldet hatte, der die gesammten Arbeiten für den Preis von 173 661 M. auszuführen sich erbot, also um 155 141 M., d. h. beinahe um die Hälfte billiger war, als der Frankfurter und die drei Berliner Unternehmer. Der zuständigen Eisenbahndirektion schien diese billige Brücke denn doch bedenklich und sie dürfte voraussichtlich auf dieselbe „zu treten" nicht geneigt sein.

Mit dem Wechsel des Jahrzehnts scheint sich, wie „Statist. Korr." schreibt, auch ein Umschwung in dem bisher herrschenden Witterungscharakter vollzogen zu haben. Während nämlich die letzten Jahre im Allgemeinen durch zu niedrige Temperatur und insbesondere durch strenge Winter ausgezeichnet waren, war der eigentliche Wintermonat dieses Jahres, der abgeflossene Januar, ein überaus milder zu nennen. Die Mitteltemperatur lag fast allerorten um 3—5 Grad über der normalen und die absoluten Minima weisen nur mäßige Kältegrade auf. Das milde Winterwetter war, wie gewöhnlich, so auch in diesem Falle von starker Bewölkung, sowie häufigen und vielfach beträchtlichen Niederschlägen begleitet. Mit Ausnahme einiger östlich gelegener Stationen, an denen es ein wenig zu trocken war, überstiegen die Niederschläge den vieljährigen Durchschnitt um ein Bedeutendes, im Westen zumeist um das Doppelte, so daselbst Hochwasser und lokale Ausuferungen der Flüsse die Folge waren. Diese großen Beträge rühren fast ausschließlich vom Monat her; Schneefälle kamen im Osten ziemlich häufig vor, aber nicht recht ergiebig zu sein und traten im Westen nur selten auf. Dementsprechend blieb der äußere Westen ohne feste Schneedecke und auch in den übrigen Landestheilen, mit Ausnahme der Ostsee, war dieselbe nur schwach und von kurzer Dauer. Die vorherrschende milde und regnerische Witterung hatte ihren Grund in jahlreich schnell aufeinander folgenden Depressionen, welche in westlicher Richtung meist nordwärts von uns, theilweise auch über Deutschland selbst hinwegzogen. Im Anfange des Monats, am 1. und 2., dehnte sich zwar das Gebiet hohen Luftdrucks, dessen Kern im Innern des europäischen Kontinents befand, auch über Deutschland aus und hatte ziemlich strenges Frostwetter zur Folge. Mit dem Maße jedoch, als sich uns die im Nordwesten vorüberziehenden Depressionen näherten, wurde es unter dem Einflusse der sie bedingten südwestlichen Winde schnell wärmer. Die mild meist regnerische Witterung hielt aber auch später an, da die Minima in größerer Entfernung ihr Spiel trieben und das Maximum von Südwesten her allmälig ausbreiteten. Dann machten sich, als der Kern der Anticyklonen in nächster Nähe lag, einige, allerdings ganz kurze und unbedeutende Kälterückfälle (vom 8. und 18.) bemerkbar. Nach dem 18. jedoch war Deutschland andauernd bis fast zum Monatsschlusse in den Bereich tiefer, ostwärts eilender Depressionen aufgenommen, deren Centren sich meist nördlich von uns bewegten, und hatte demzufolge wieder feuchtes Wetter mit lebhaften, gelegentlich stürmischen Winden aus dem südwestlichen Quadranten. In den beiden letzten Tagen erstreckte sich wieder ein Hochdruckgebiet von Südwesten her über Deutschland hin, das schließlich noch Aufheiterung, Abkühlung und Frostwetter mitbrachte.

Bauernfänger auf Reisen. Gewöhnlich liest man einmal, daß arme polnische Arbeiter auf den Straßen oder Bahnhöfen von gerissenen Berliner Bauernfängern angeschmiert und ausgeplündert werden. Aber auch unsere Bourgeois scheinen nicht viel schlauer zu sein, wenn der Vorfall, den wir im „Berl. Tgbl." lesen, thatsächlich eine Wahrheit beruht. Das Blatt schreibt nämlich: „Ueber einen Streich, welches einem Berliner Ehepaar dieser Tage an der Riviera zugestoßen ist, wird uns von einem gegenwärtig in Nizza weilenden Freunde unseres Blattes Folgendes berichtet: Der Berliner Häuserspekulant S. befand sich mit seiner Gattin auf der Eisenbahnfahrt von Ventimiglia nach Nizza in einem Koupee erster Klasse. In dasselbe Koupee stiegen zwei fremdländische Herren ein, welche alsbald in gebrochenem Deutsch das Berliner Ehepaar eine Unterhaltung über gleichgültige Dinge zuknüpfen suchten. In Monto Carlo gesellte sich noch ein dritter Herr hinzu, welcher den beiden erwähnten Fremden ganz bekannt zu sein schien, und der in scheinbar großer Erregung aus der Brusttasche ein ganzes Packet Banknoten mit der Bemerkung hervorzog, daß er dieses Geld soeben in einem ganz neuen Spiel gewonnen habe. Flugs hatte er auch ein Spiel Karten in der Hand, dem er drei Blätter entnahm, um mit denselben das neue Spiel der Koupeegesellschaft zu erklären. Die beiden Herren fanden Gefallen an dem Spiel, so daß dasselbe alsbald im Gange war, wobei die beiden erstgenannten Herren vielem Glück operirten und ein hübsches Stück Geld gewannen. Das Berliner Ehepaar begnügte sich eine Zeit lang damit, dem Spiele unbetheiligt zuzuschauen, bis Frau S. ihrer Gattin zu sein glaubte und ihren Gatten animirte, einen Einsatz von ihr bezeichnete Karte zu wagen. Die Karte fiel zu Gunsten des Herrn S., der nun ermuthigt, weiter spielte, bis er forzirte, bis er . . . um einen großen Theil seiner Barschaft erleichtert war. Unsere Leser werden es wohl bereits errathen haben, daß unser Landsmann Bauernfängern in die Hände gefallen war, und daß das „ganz neue Spiel" nichts anderes ist, als das berüchtigte „Kümmelblättchen". Als der Zug an Nizza hielt, waren die drei Herren sehr bald spurlos verschwunden, mit ihnen aber auch gleichzeitig die Brusttasche des Herrn S., welche außer dem Rest der Reisekasse ein Sparbuch und einen Depotschein der Reichsbank enthielt. Letzteres ist zwar durch telegraphische Depeschen sofort „festgemacht", doch die Gauner aus diesen beiden Papieren keinen Nutzen können. Immerhin ist der Verlust des Herrn S. fühlbar und ein um so empfindlicherer, als sich zum Schaden noch der Spott gesellte; denn seine lieben Freunde und Bekannte, welchen er sein Leid klagte, fanden es schier unbegreiflich, daß er erst nach der Riviera habe reisen müssen, um das schöne Kümmelblättchen kennen zu lernen, was er in Berlin weit bequemer hätte haben können. Diese kleine verbürgte Geschichte hat sich, wie wir dies in der Spitzmarke andeuten, am 6. d. Mts. „abgespielt".

Jedenfalls ist es mit der „Helligkeit" dieser Berliner weit her.

Die Beamten des Zugpersonals, welche bei dem am 15. Januar auf dem Rangirbahnhof Tempelhof stattgehabten Zusammenstoß zweier Güterzüge zu Schaden gekommen sind, haben sich immer noch nicht soweit erholt, daß ihnen die Wiederaufnahme ihres bisherigen Dienstes zugemuthet werden könnte. Packmeister Müller liegt auch heute noch an den erlittenen Erschütterungen darnieder, und nicht besser ist der Werkführer Günther von der königl. Reparaturwerkstatt Tempelhof ergangen. Am schlimmsten ist der Hilfsbremser Lobe weggekommen, man für todt von der Unglücksstelle trug, nachdem man ihn mühsam mit Aexten aus zwei total ineinandergeschobenen Güterwagen hatte heraushauen müssen. Lobe hat Kontusion der Quetschung der Brust, mehrere Verletzungen des Rumpfes durch Holz- und Eisentheile, einen doppelten Armbruch und eine schwere Kopfwunde davongetragen. Alles ist geheilt, nur der Unglückliche seinen gebrochenen Arm noch nicht gebrauchen kann, auch hat sich eine Lähmung der Sehnerven eingestellt. Man hoff n die Aerzte seine dienstfähige Wiederherstellung bewerkstelligen zu können.

Ein schwerer Unglücksfall, dem leider ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, wird uns vom Dienstag vom Bahnhof Rummelsburg gemeldet. Auf dem Güterbahnhofe war in der Nacht zum Dienstag der Arbeiter K. nebst mehreren Kollegen mit dem Entladen einer Kohlen-Lowry beschäftigt, welche an eine etwa 2½ Meter hohe Rampe herangeschoben war. Dabei mag K. nicht vorsichtig genug gewesen sein, denn plötzlich stürzte er selbst von oben herab und fiel so unglücklich, daß er außer dem Bruch des Kreuzes auch noch schwere innere Verletzungen erlitt. Der Bedauernswerthe wurde nach dem Krankenhause Friedrichshain geschafft, woselbst er bald darauf seinen entsetzlichen Verletzungen erlag.

Im Waschfaß verbrüht. Schon wieder hat mangelnde Beaufsichtigung von Kindern den Tod eines solchen herbeigeführt. Die in der Hermannstraße in Rixdorf wohnende Frau des Brauers W. war am Montag in ihrer Küche mit Wäsche beschäftigt, während welcher Zeit ihre beiden Kinder, ein dreijähriger Knabe und ein zweijähriges Mädchen, auf dem Fußboden spielten. Um die Wanne mit frischem Wasser zu füllen, hatte Frau W. dieselbe an die Erde gestellt und wollte

hineingegossenen siedenden Wasser auch noch kaltes hinzufügen, während sie sich nach der Wasserleitung begab, kamen die beiden Kinder der Waschwanne zu nahe und der dreijährige Knabe stürzte plötzlich rücklings in das kochende Wasser. Der entsetzliche Schmerzensschrei des bedauernswerthen Kindes machte Frau W. auf den Unfall aufmerksam und obwohl sie sofort hinzustürzte und den Knaben aus der Wanne zog, hatte derselbe doch so erhebliche Verletzungen davon getragen, daß er am Dienstag unter grässlichen Qualen trotz sorgfältigster ärztlicher Pflege gestorben ist.

Eine überaus heftige Karambolage zwischen zwei Lastwagen spielte sich am Dienstag Nachmittag um 6 Uhr an der bekannten Kreuzung der Friedrich- und Zimmerstraße ab. Der anscheinend stark betrunkene Führer des einen Gefährtes, eines schweren Mehlwagens, versuchte, wie das leider von den Kutschern sportartig betrieben wird, vor dem anderen die Zimmerstraße hinunterkommenden Bretterwagen vorüberzukommen, peitschte auf seine Pferde los und streifte nunmehr die Deichselspitze des letzteren so heftig, daß die Pferde an derselben zu stürzen und der Kutscher von seinem hohen Sitze infolge des unerwarteten Ruckes herab und unter die Räder seines Wagens geschleudert wurde. Er kam glücklicherweise mit einigen gebrochenen Zehen, der Mehlwagenkutscher aber unbehelligt davon, denn im rasenden Trabe suchte er, während sich das Publikum mit dem Verunglückten beschäftigte, das Weite.

Eine Schreckensfahrt machte am Dienstag Nachmittag das Schuhwaarenhändler J.'sche Ehepaar, welches vom Anhalter Bahnhof mit seinem Gespann eine Ladung Glas- und Porzellangebinde abgeholt hatte und sich auf der Rückfahrt mit seinem Kottbuser Damm Nr. 66 belegenen Geschäftslokal befand. In der Dresdenerstraße wurde das Pferd des J.'schen Gespannes plötzlich scheu und raste, da der Führer des Gespannes, Herr J., jegliche Gewalt über das Thier verloren, über das Kottbuser Thor, die Kottbuserstraße entlang in den Kottbuser Damm hinein, auf dem Wege dahin mit entgegenkommenden Fuhrwerken kollidirend. Die Hilferufe des auf dem Wagen befindlichen Ehepaars blieben unbeachtet, da keiner der zahlreichen Passanten wagte, sich dem Gefährt entgegen zu werfen, vielmehr Jedermann sich selbst vor dem wild dahinstürmenden Pferde in Sicherheit zu bringen suchte. Vor dem Geschäftslokal der J.'schen Eheleute, wohin das Thier instinktiv gelaufen, bog das Gefährt um den Bürgersteig, und zwar mit so scharfer Wendung, daß der Wagenumschlag und die gesammte Ladung desselben, sowie das Ehepaar auf das Straßenpflaster flogen, während das Pferd selbst dadurch zum Fallen gelangte. Die Verwundungen des dem Wagen Geschleuderten sind nicht allzu schwere, wie der herbeigeholter Arzt konstatirte, empfindlicher dagegen ist der Schaden, welchen J. durch die zertrümmerte Ladung erlitten hat, da kein Stück ganz geblieben, viele hundert Mark werth.

Der schlafende Ulan ist gestorben, und ebenso sonderbar, wie seine sechswöchentliche Schlafenszeit in der Kaserne zu Potsdam war auch der Tod des noch nicht 39jährigen Mannes. Der schlafende Ulan, dessen Name seiner Zeit dem großen Publikum bekannt wurde, war der Handschuhfabrikant Hermann Lustig, Weinbergsweg Nr. 4 wohnhaft, ein unverheiratheter sehr vermögender Mann, der seit jener räthselhaften Schlafperiode während der darauf folgenden 15 Jahre eine schwere Krankheit zu bestehen hatte. Ende voriger Woche erkrankte Th. an der Brustfellentzündung, der er am Sonntag Morgen bereits erlag. Da jedoch der Tod plötzlich eingetreten und der Körper keine Leichenfarbe annahm, so weigerten sich die zugezogenen Aerzte den Todtenschein auszustellen, und am Sonntag Vormittag wurden die Pulsadern der Leiche durchschnitten, worauf eine ziemlich starke Blutung eintrat und die Leiche sofort verbunden werden mußte. Da jedoch am Montag auch am Körper des Verstorbenen Todtenflecke sich einstellten, wurde die Leiche nach der Halle gebracht und sollte am Mittwoch seziirt werden. Zu erwähnen ist noch, daß die Mutter des Th. vor 15 Jahren infolge der Aufregung, in welche sie durch den räthselhaften Schlaf ihres Sohnes versetzt wurde, am Schlage starb.

Ein Sturz von der Pferdebahn hat den Tod des in der Dresdenerstraße wohnhaften Schuhmachers Robert Sch. herbeigeführt. Derselbe stand auf dem Vorderperron eines Wagens der Linie Weinberg-Gesundbrunnen, als er an der Jerusalemer Kirche infolge des durch die Kurve hervorgerufenen Ruckes herunterstürzte und überfahren wurde. Sch. blieb wie todt liegen und man brachte ihn verunglückten in ein Krankenhaus. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß Sch. mehrere Rippen, die rechte Hand, das rechte Schlüsselbein und das rechte Schulterblatt gebrochen und außerdem noch schwere innere Verletzungen davongetragen hatte. Ob ist der bedauernswerthe Mann, ohne noch einmal zum Bewußtsein zurückgekehrt zu sein, den entsetzlichen Verletzungen erlegen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag auf einem Neubau in der Lindenstraße. Der Arbeiter Wilhelm Birkholz war auf der Frontmauer in Höhe der zweiten Etage mit Legen eiserner Träger beschäftigt; bei dieser Arbeit befanden sich ihm noch vier Arbeiter. Plötzlich glitt B. aus und stürzte über auf die Straße herab. Ein Schädelbruch hatte seinem Leben ein sofortiges Ende bereitet.

Polizeibericht. Am 18. d. M. Morgens wurden unter der Haustreppe und im Vorgarten des Grundstücks Regentenstraße 1 Leichen neugeborener Kinder aufgefunden und nach dem Schauhause geschafft. — Vormittags wurde am Holsteiner Ufer die Leiche einer unbekannten, etwa 30 Jahre alten Frauensperson angeschwemmt. — Nachmittags wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Belleallincestraße erhängt vorgefunden. — Abends fand ein Mann vor dem Hause Charlottenstraße 79, als er einen Pferdebahnwagen besteigen wollte, auf der vor dem Straßenbahnwagen befindlichen Eisfläche aus, fiel zu Boden und brach den linken Unterschenkel.

Gerichts-Zeitung.

Prozeß Friedenstein. Vorsitzender Landgerichts-Direktor Lansewetter eröffnet die heutige zweite Sitzung um 9 Uhr.

Bezüglich der Personalien haben wir zu berichtigen, daß an Stelle des verhinderten Rechtsanwalts Colsen der Rechtsanwalt Lüschütz neben Dr. Straßmann die Vertheidigung des Hauptangeklagten übernommen hat.

Zu dem Artikel über den italienischen Gesangsprofessor wird als erster Zeuge der Kaufmann Brikke vernommen. Derselbe giebt nach Angabe Friedenstein's der Urheber der gestern erwähnten Schlaffen-Notiz über denn „Backenzahn-Professor" gewesen sein. Er giebt zu, daß er bei Gelegenheit einer geschäftlichen Besprechung die Aufmerksamkeit der Herren von „Neu-Berlin" auf den Unfug hingerichtet habe, welcher von Gesangsprofessoren mit italienischen Namen mit den Stimmen junger Damen treiben. Er habe in allgemeinen Umrissen auch den Stoff, welcher dem Artikel zu Grunde liegt, geliefert, der zweite Angeklagte habe demselben aber so, wie er vorliegt, auf Grund persönlicher Recherchen verfaßt. Ueber die Revolverpolitik des Blattes kann Zeuge nichts aussagen, versichert aber, daß er selbst nicht etwa durch irgend welche Furcht sich zum Schweigen in dem Blatte entschlossen hatte. Auch bezüglich des mit „pikanter" Sauce übergossenen Schmähartikels, welcher sich gegen den Kapellmeister Meyder richtete, wird der Zeuge verneinen. Dieser Artikel ist von dem zweiten Angeklagten gegeben, wie er sagte, auf Verlangen des Friedenstein. — Präs.: Welchen Zweck hatte denn dieser Artikel? Es muß doch eine Absicht dabei vorgewaltet haben. — Angekl. Um mich eines journalistischen Ausdrucks zu bedienen, sollte nur ein Berliner Lebensbild geliefert werden. — Präs.: Das kann aber auch nur ein journalistischer Ausdruck sein; für jeden anderen verständigen Menschen ist so etwas aber ganz unverständlich. — Angekl.: Es stehen solche Geschichten doch mehrfach auch in anderen Blättern. — Präs.: Wenn irgend ein herabgekommenes Blatt seine Leser mit derartigen Skandalgeschichten ergötzt, so sollte doch ein anständiger Mensch sich scheuen, in solche Fußtapfen zu treten. — Angekl.: Ich habe mir nichts Böses dabei gedacht. — Präs.: Angeklagter Friedenstein, es wird nun behauptet, daß Sie mit dem Artikel auch nichts weiter als eine Erpressung beabsichtigt haben und zwar aus Aerger darüber, daß Herr Meyder Ihnen die Aufgabe von Annonzen verweigert hat. — Angekl. F.: Herr Meyder hat überhaupt keine Annonzen des Konzerthauses zu vergeben, sondern Herr Meding. Ich habe keine Erpressung beabsichtigt, sondern der Artikel entsprach der Tendenz des Blattes, alle sich zeigenden Schäden der Gesellschaft rücksichtslos offen zu legen.

Ueber den gegen den Modebazar Gerson gerichteten Artikel wird Kaufmann Freudenberg vernommen, welcher Theilhaber der Firma ist. Derselbe bestätigt, daß sich die Theilhaber durch den Artikel beleidigt fühlten und die Ansicht hatten, daß derselbe nur Rache für entzogene Annonzen darstellte. Uebrigens haben sich die Beleidigten dadurch nicht weiter beunruhigt gefühlt und auch nicht die Empfindung gehabt, daß sie weiter verunglimpft werden würden, wenn sie nicht Annonzen aufgäben. — Angeklagter F.: Ich wiederhole, daß der betr. Artikel sich gar nicht auf den Modebazar Gerson, sondern auf einen Modebazar in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes bezog.

Der nächste unter Anklage stehende Artikel betrifft einen hiesigen Bankier Pappenheim. Der Artikel erzählte eine schmutzige Geschichte aus Ems, welche von den Bewerbungen eines „schneidigen" Offiziers um die Frau eines Börsianers handelte. Die letztere war so deutlich beschrieben, daß in weiteren Kreisen sofort erkannt wurde, daß die Frau eines hiesigen Bankiers gemeint sein sollte. In der That ist der letzteren auch die betreffende Zeitungsnummer von mehreren Seiten zugesandt worden. — Präs.: Angeklagte Friedenstein, wie kommt nun ein solcher Artikel in Ihre Zeitung? — Angekl.: Ich habe denselben von einem gewissen Hirschfeld erhalten; ich bedauere, daß derselbe nicht ausfindig gemacht werden konnte, weiß aber, daß er zur Börse ging und habe auch eine genaue Personalbeschreibung geliefert. Der Mann hat regelrecht für den Artikel sein Geld bekommen. Uebrigens ist der Ehemann der angeblich beleidigten Frau zu mir gekommen und hat mir gesagt, daß der Artikel durchaus auf Unwahrheit beruht und ich habe in diesem Falle mich sofort zu einer Genugthuung bereit erklärt. — Präs.: Was soll das nun heißen, wenn ein Mensch wie Sie erst eine anständige Frau in gemeiner Weise in den Schmutz ziehen und dann sich „zur Genugthuung" bereit erklären? — Angekl.: Ich hätte einen Widerruf gern veröffentlicht. — Der als Zeuge aufgerufene Ehemann der beleidigten Frau erklärt, daß die Personalbeschreibung, welche der Artikel gegeben, im Allgemeinen auf seine Frau paßt, daß das Uebrige aber von Anfang bis zu Ende erfunden ist. Namentlich sei seine Frau überhaupt nicht in Ems gewesen. Er habe den Angeklagten Fr. aufgesucht und ihn zur Rede gestellt und habe bei demselben bereitwilliges Entgegenkommen gefunden. Er habe dem Angeklagten gesagt, daß er 500 und 1000 M. zahlen würde, wenn man ihm den Urheber des Artikels nennen würde, der Angeklagte habe aber jedes Geldopfer abgelehnt. Der Zeuge hält dies aber nur für einen geschickten Schachzug des Angeklagten, der ihn jetzt als Entlastungszeugen darüber vorgeschlagen, daß er für Geld nicht zugänglich gewesen. Jene Unterredung fand nämlich kurz vor der Verhaftung des Angeklagten statt. Während der Verlesung des sehr schmutzigen Artikels wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. — Der Angeklagte bestreitet, daß sich der Artikel überhaupt auf die Frau des Zeugen beziehen sollte. Er habe geglaubt, derselbe beziehe sich auf eine gleichfalls immer sehr geschmückte und künstlich aufgeputzte Dame, welche in Premieren zu erscheinen pflege. — Präs.: Dann nennen Sie uns doch den Namen dieser angeblichen Dame. — — Angekl.: Das würde ich auch nur unter Ausschluß der Oeffentlichkeit thun.

Es folgt ein Artikel, welcher das angebliche Verhältniß des Hofbankiers v. Cohn in Dessau zu einer königlichen Tänzerin schildert. — Hofbankier von Cohn, der 77 Jahr alt ist, erklärt, daß ihm der Artikel von Bekannten gezeigt worden ist. Der Inhalt desselben sei gänzlich erfunden, den Angeklagten kenne er gar nicht, irgend welche Anforderungen zu Geldopfern seien an ihn nicht gestellt worden. — Der Artikel ist, wie der Angeklagte mittheilt, ihm von dem Schriftsteller Max Schönau eingesandt worden. Schönau habe zu ihm in festerem Verhältniß gestanden und er habe dessen Artikel unbesehen in die Druckerei geschickt.

Frl. Odilon, das bekannte Mitglied eines hiesigen Theaters, ist gleichfalls das Opfer eines sehr boshaften Artikels geworden, dessen Verfasser der zweite Angeklagte ist. Frl. O. hat die Ueberzeugung, daß es hier nur auf ein Revolver-Stücklein abgesehen war, da ihr gleichzeitig mit dem Schmähartikel auch eine Quittung über ein Abonnement auf „Neu-Berlin" zugesandt wurde. — Der Angeklagte Landsberger betont, daß er den Artikel auf Grund ihm gegebener Details kurz nach seiner Uebersiedlung nach Berlin geschrieben. Er sei damals mit hiesigen Theaterverhältnissen noch gar nicht vertraut gewesen und habe nicht geglaubt, daß sich die Spitze des Artikels gegen Frl. O. richte. — Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Straßmann giebt die Zeugin zu, daß ähnliche gehässige Artikel gegen sie auch schon in anderen Blättern gestanden, beispielsweise in der „Frankfurter Zeitung", dem „General-Anzeiger" und im „Kleinen Journal". Ob auch nach ihrem Abonnement abfällige Kritik an ihr im „Neu-Berlin" geübt worden, wisse sie nicht, da sie das Blatt nie gelesen.

Der Zeuge Schriftsteller Max Schönau giebt zu, der Verfasser des Artikels über den Hofbankier v. C. und der Tänzerin Helene Sonntag zu sein. Da letztere noch immer an den Folgen eines Brandunglücks krank darniederliegt, so soll der Artikel bei ihrer kommissarischen Vernehmung verlesen werden. Auch ein Artikel welcher sich gegen einen hiesigen Kommissionsrath und dessen, einer Theaterfamilie angehörende Gattin richtet, ist von Schönau verfaßt. Der Artikel unter der Ueberschrift „Seelenfreundschaft" wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verlesen. Der Zeuge Schönau erklärt, daß er für die einzelnen Artikel von Friedenstein Honorar erhalten habe, daß er aber durchaus keine Befugniß hatte, Artikel selbstständig in die Druckerei zu geben. Er habe die Einzelheiten, welche dem Artikel zu Grunde lagen aus einer, nach seiner Ueberzeugung zuverlässigen Quelle erfahren. Auf Antrag des Staatsanwalts wird der Zeuge, gegen welchen das Verfahren allerdings eingestellt sei, der aber jeden Augenblick aufs Neue unter Anklage gestellt werden könne, nicht vereidigt.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit erklärt der Angeklagte Fr., daß er sich einen Augenblick sammeln müsse, da er eine vorübergehende Schwäche fühle.

Alsdann kommt ein Artikel an die Reihe, welcher die Ueberschrift trug: „Das Aeltestenkollegium und Herr Adolf Hausmann". Es wird behauptet, daß dieser Artikel, durch welchen sich Herr Kommissionsrath H. beleidigt fühlt, darauf zurückzuführen sei, daß er bei der Vergebung von Inseraten über neu emittirte Aktien einer Aktiengesellschaft die Zeitung „Neu-Berlin" nicht berücksichtigt hatte. Der Angeklagte bestreitet dies und meint, daß er sich um den Inseratentheil nicht bekümmert habe.

Ein anderer Artikel trägt die Ueberschrift: „Ueber Anwaltsgebühren." Derselbe erhebt gegen einen hiesigen Rechtsanwalt, welcher gegen Fr. in einer Zivilsache aufgetreten war, den Vorwurf der wissentlichen Gebührenüberhebung. Dieser Vorwurf ist, wie sich aus der Vernehmung des Zeugen ergiebt, absolut unberechtigt. — Vors.: Angekl. Friedenstein, Sie sehen, wie ganz klare und zweifelsfreie Dinge manchmal entstellt und zu Angriffen benutzt werden. — Angeklagter F.: Ich habe die Gebühren für zu hoch befunden. Bei uns in Oesterreich — Präs.: Sie hätten ja in Oesterreich bleiben können. Es hat Sie Niemand hierher gerufen. Bei uns in Deutschland gelten unsere Gesetze.

Ueber den Artikel „Seelenfreundschaft", welchen der Staatsanwalt als besonders gemein bezeichnet, wird Kommissionsrath Fränkel vernommen. Derselbe erklärt, daß er keinen der Angeklagten jemals gesehen habe und daß auch niemals Gelderpressungen gegen ihn versucht worden seien. — Präs.: Und der Inhalt dieses Artikels ist erlogen? — Zeuge: Aber stinkend erlogen! — Auf die Vernehmung der Gattin dieses Zeugen wird verzichtet.

Der inzwischen angekommene Kapellmeister Meyder giebt bezüglich des gegen ihn gerichteten Artikels an, daß ihm der Artikel zugeschickt worden sei und er nur dadurch Kenntniß erhalten habe. Da unter dem ersten Artikel die Bemerkung „Fortsetzung folgt" stand, habe er sich an die Redakteure von „Neu-Berlin" gewandt, und ihnen eine ernstliche Warnung zugestellt. Trotzdem sei auch der zweite Artikel gegen ihn noch erschienen. Erpressungsversuche seien gegen ihn nicht gemacht worden. Ueber die Inserate des Konzerthauses habe nicht er, sondern das Bureau zu verfügen. — Präsident: Sind absprechende Rezensionen über Sie in dem Blatte erschienen? — Zeuge: Ich lese Rezensionen überhaupt nicht. Der Zeuge hat den Strafantrag zurückgenommen.

Ein Artikel unter der Ueberschrift „Die Schulreiterin", welcher von Max Schönau verfaßt ist und in gemeiner Weise Dinge aus dem Privatleben einer Schauspielerin des Lessing-Theaters hervorkramt, ist gleichfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verlesen worden. Die Zeugin Frl. T. weiß von der Entstehung des Artikels nichts, derselbe ist ihr aber in zwei Exemplaren, sowohl in die Garderobe, als auch in ihre Privatwohnung gesandt worden. — Präs.: Zeuge Schönau, das ist doch ein Artikel, den man nicht in eine Zeitung hineinbringt, es sei denn, daß die Zeitung schon auf dem tiefsten Grad angelangt ist. Sie sind der Verfasser? — Zeuge: Ja. — Präs.: Und für solche Artikel bekommen Sie 10 M.? — Zeuge: Ja! — Der Zeuge erklärt, daß er den Artikel an Landsberger übergeben habe. Dieser Angeklagte meint, daß aus alten österreichischen Zeitschriften manchmal Sachen genommen und erneuert und modernisirt wurden, und er den hier fraglichen Artikel als zu dieser Gattung gehörig erachtet habe.

Es folgt ein Artikel unter der Ueberschrift: „Unter dem Regenschirm". Derselbe erzählt das Abenteuer des Sohnes eines hiesigen Kaufherrn mit einer Schauspielerin vom Lessing-Theater, und der Artikel erhielt sogar noch zwei Fortsetzungen. — Präs.: Wer hat den gemeinen Artikel geschrieben? — Angekl. Fr.: Ich! Aber ich habe den Artikel nicht für gemein, sondern für humoristisch gehalten. Die beiden durch den Artikel getroffenen Personen, ein Herr Simon und Fräulein Markwardt erklären übereinstimmend, daß an sie Geldforderungen nicht gestellt worden. Die ganze Geschichte ist dadurch entstanden, daß ein Freund des Herrn S. dieselben in scherzhafter Form und ohne Namensnennung im Kroll'schen Garten einem Freunde erzählt hat und Friedenstein zufällig Ohrenzeuge war.

Als Zeuge wird der Kommissionsrath Hausmann vernommen. Derselbe ist bei der Emission von Aktien seit langer Zeit thätig; er verfaßt für die Gesellschaften die Prospekte und fertigt für die Bankhäuser die Listen derjenigen Zeitungen an, in denen sich Inserate empfehlen. Er hatte sich andauernd geweigert, die Zeitung „Neu-Berlin" in diese Liste aufzunehmen und ist nun der Gegenstand der heftigsten Angriffe geworden. Er weist alle diese Angriffe als durchaus erfunden und unzutreffend zurück, namentlich auch die Behauptung, daß er in dem Börsengebäude umsonst einen Komptoirraum inne habe. Er sei seit 34 Jahren Mitglied der Kaufmannschaft, sei inkorporirt und bezahle seine Komptoirräume mit schwerem Gelde. Er habe seine Geschäfte immer so geführt, daß ihm Niemand, nicht einmal Joachim-Gehlsen, die „Reichsglocke" und Konsorten seine Ehre zu besudeln vermochten. Der Artikel entspringe der elendesten Rachsucht, denn er habe die Zeitung „Neu-Berlin" von Anfang an für ein Revolverblatt gehalten und seine Kunden direkt abgeredet, „solche Schurken" zu unterstützen. — Der Zeuge, welcher ermahnt werden muß, sich von Beleidigungen fern zu halten, erwähnt noch, daß seines Wissens die Angriffe von „Neu-Berlin" auch das Börsenkommissariat beschäftigt habe. Dasselbe habe sich aber entschlossen, sich mit solchem Schmutz nicht zu befassen. — Angekl. Friedenstein: Die ganze Sache war ein Biergerede. Ich habe mich geärgert, daß Herr H. bezahlt nichts an Miethe und ich muß zahlen so viel. — Präs.: Sie mußten sich doch sagen, daß Leute, die Ihnen so etwas zutragen, auf alle Fälle bedenklicher Natur sind. — Angekl.: O nein, die Mittheilungen kamen von dem Prokuristen eines Welthauses. — Präs.: Nun, es kann auch bedenkliche Prokuristen von Welthäusern geben. — Präs.: Herr Zeuge Hausmann, war es etwa bei der Kaufmannswelt bekannt, daß „Neu-Berlin" ein echtes Revolverblatt war und viele Leute es vorzogen, Inserate aufzugeben, um sich nicht verunglimpfen zu lassen? — Zeuge: Ich glaube wohl, daß dies in der Kaufmannswelt bekannt war. Noch zu keiner Zeit ist die Frechheit so weit getrieben worden und deshalb gab man wohl dem Blatte lieber Inserate auf. — Vertheidiger Dr. Straßmann: Wer war dieser „man". — Zeuge: Ich kann z. B. das Bankhaus Wolf erwähnen. — Vertheidiger: Dann bitte ich den Bankier Wolf darüber zu vernehmen, daß er nicht aus Furcht, sondern aus allgemeinen Gründen der Zweckmäßigkeit annonzirt hat.

Der sodann vernommene Sekretär Schwarz vom Zentral-Theater bekundet, daß die Annonzen dieses Theaters ohne jeden äußeren Zwang aufgegeben worden sind. Dasselbe bekundet der Sekretär Schaßler vom Lessing-Theater. Richtig sei, daß Dr. Blumenthal es abgelehnt habe, für eine in „Neu-Berlin" erschienene Zeichnung des Theaters einen Geldbeitrag zu leisten, doch bestehe kein Kausalnexus zwischen dieser Thatsache und den beiden gehässigen Artikeln, welche unter dem Titel „Bis aufs Hemd" und „Die Schulreiterin" gegen das Lessing-Theater erschienen sind. Dr. Blumenthal habe sich durch die letzteren auch gar nicht beleidigt gefühlt.

Der nächste Fall betrifft eine Frau Levandowski, die Besitzerin eines Restaurants mit Damenbedienung. Dieselbe hat Friedenstein Annonzen auf ein Jahr aufgegeben, welche monatlich 10 Mark betragen sollten, Friedenstein verlangte aber dann von ihr, daß sie 120 Mark auf ein Mal bezahlen und als sie sich dessen weigerte, drohte er ihr, daß er schon wisse, was er ihr anthun werde. Die Zeugin hat aber, wie sie selbst zugiebt, diese Drohung nur so aufgefaßt, daß sie verklagt werden würde. In „Neu-Berlin" ist dann ein gegen die Restaurants mit Damenbedienung gerichteter Artikel erschienen, von welchem die Anklage annimmt, daß er die Antwort auf die Weigerung der Frau L. sein sollte.

Das Schuhwaarengeschäft Hugo Rosenfeld & Co. hatte bei seiner Eröffnung auch „Neu-Berlin" mit Inseraten bedacht. Es erschienen trotzdem ungünstige Artikel über das Geschäft und als eine Bitte um Annonzen verweigert wurde, wurde der Geschäftsinhaber lächerlich gemacht. — Präs.: Wie kamen Sie zu solchem Artikel? — Angekl. Fr.: Ich wußte, daß Herr R. früher bei Spier & Rosenfeld thätig war. Diese Firma hat Stiefel verkauft, bei welchen gleich nach dem Kauf die Sohlen abfielen und da habe ich das Publikum warnen wollen. — Präs.: Spier & Rosenfeld bestehen doch aber schon seit 10 Jahren nicht mehr und Sie mußten doch abwarten, ob die neue Firma, deren Chef nur der Bruder des Herrn R. von der Firma Sp. & R. ist, auch schlechte Stiefel liefert. — Angekl.: Seitdem hat Herr R. aber viele unklare Geschäfte gemacht und er war auch der Begleiter des King-Fu. — Der Zeuge R. hat auf Betreiben Landsberger's den Strafantrag wegen Beleidigung zurückgezogen und erklärt, daß Erpressungsversuche gegen ihn nicht gemacht seien.

Gegen den Theateragenten Ledner richtete sich ein unter der Ueberschrift „Theaterunfälle" erschienener Artikel, welcher

während der Hochzeitsreise des Zeugen erschienen und mit den gehässigsten Angriffen vollgespickt war. — Zeuge Ledner erklärt, daß er von dem ganzen Artikel erst nach seiner Rückkehr von der Reise Kenntniß erhalten habe. Er habe auch vermuthet, daß der Angeklagte Friedenstein, den er von Jugend an kenne, der Verfasser sei. Als er denselben im Juni Unter den Linden traf, hatte er erst nicht übel Lust, denselben zu verhauen. Er habe es aber doch vorgezogen, demselben nur zuzurufen: „Du Lump, wenn Du Dich noch einmal erfrechst, Artikel gegen mich zu schreiben, dann verhaue ich Dich!“ Die Folge davon war, daß der Zeuge noch zwei polizeiliche Vernehmungen über sich ergehen lassen mußte, weil Friedenstein ihn wegen gefährlicher Drohung denunzirt hatte. — Präs.: Hören Sie, Angeklagter, Sie spielen sich manchmal so als ein Anwalt der Ehre der Schauspielerinnen auf und auf der anderen Seite richten Sie wieder Ihre giftigen Pfeile gerade gegen Angehörige dieses Standes. — Angekl.: Wie sich das gerade so macht und wie es die Mißstände, die an einzelnen Theatern herrschen, gerade erfordern. Der Artikel hier hatte den Zweck, die Gefahren einer Art Theater-Dynastien, welche durch solche Heirathen begründet werden, klar zu legen und Uebelstände zu geißeln. — Präs.: Dann hätten Sie doch auch einmal die Redaktionen der Zeitungen geißeln sollen. Sie hatten doch in sich selbst Stoff genug.

Ein Artikel, welcher die Ueberschrift trug: „Wer bezahlt das Souper?“ richtete aus Anlaß eines Zwiespalts, welchen die Direktion des Belle-Alliance-Theaters mit der Schauspielerin Hausner gehabt, die heftigsten Angriffe gegen den Direktor Sternheim, welche mit allerlei schläpfrigen Arabesken gegen den Zeugen und dessen Kompagnon ausgestattet waren. Der Artikel ist dann, blau angestrichen, der Frau des Kompagnons zugesandt worden, wie denn überhaupt solche Zusendungen üblich waren, ohne daß sich feststellen läßt, von wem dieselben herrührten. Der Artikel ist erschienen, nachdem Gesuche des Angeklagten um Freibillets abgelehnt worden waren, der Zeuge erklärt jedoch, daß er im Interesse des zweiten Angeklagten den Strafantrag zurücknehmen.

Der nächste Zeuge ist Direktor Joseph Engel vom Kroll'schen Theater. Aus Anlaß des ersten italienischen Unternehmens dieses Zeugen erschien in „Neu-Berlin“ ein sehr ungünstiger Artikel über dieses Unternehmen und besonders über den Sänger Werner Alberti. Der Zeuge bestätigt die Annahme der Anklage dahin, daß dieser Artikel erst erschienen sei, nachdem ein Aufgeben von Inseraten verweigert worden war und man auch abgelehnt hatte, Beiträge zu einem für die Zeitung „Neu-Berlin“ angefertigten Kliché zu leisten. — Rechtsanwalt Dr. Straßmann bestreitet einen Kausalnexus zwischen der Verweigerung des Klichés und der ungünstigen Kritik, da auch andere Zeitungen ungünstige Besprechungen über das Unternehmen und Herrn Alberti gebracht haben.

Den Schluß des gestrigen Verhandlungstages bildete die Besprechung einiger Artikel, welche sich gegen kleinere Restaurants, die Besitzerin eines Café chantants 2c. richteten. Dieselben sind ohne Interesse.

In dem Beleidigungsprozeß des Kandidaten Paul Fittig gegen den Redakteur des „Kleinen Journals“ v. Stubenrauch, welcher heute vor der 100. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts zur Verhandlung anstand, verlas der Vorsitzende die vom Kultusministerium ertheilte Auskunft, daß ihm von einer Intervention des Königs von Italien gegen den Kläger nichts bekannt geworden sei, und lehnte im Uebrigen jede weitere Beweisaufnahme ab. In der Sache wurde der Beklagte zu 500 M. event. 50 Tagen Gefängniß verurtheilt. Nach einer vom Kläger gemachten Mittheilung steht demnächst auch noch die Verhandlung gegen den Verfasser des inkrimirten Artikels bevor.)

„Der Scharfrichter von Berlin“, dieser mehrfach erwähnte widerliche Kolportageroman, beschäftigte heute in der Strafsache gegen den Buchhändler Dochow wegen Feilhaltens einer Schrift, welche geeignet ist, in sittlicher Beziehung Aergerniß zu erregen — Uebertretung gegen die §§ 42a, 56 und 148 Nr. 5 der Gewerbe-Ordnung — die 94. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts. Der Angeklagte hatte Hefte dieses Machwerks durch seinen Laufburschen in die Häuser versandt, und so war auch ein Exemplar an einen Staatsanwaltsassessor gelangt. Um den in ethischer Beziehung unsittlichen Charakter des geradezu ungeheuerlichen Romans festzustellen, mußten eine Anzahl Stellen und ein ganzes Kapitel desselben verlesen werden. Danach sind die angeblichen Erlebnisse des Scharfrichters Julius Krautz geradezu absurd und tragen den Stempel der krassesten Erfindung zur Schau. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 6 Mark event. 2 Tagen Haft; der Amtsanwalt hatte 20 M. event. 4 Tage Haft beantragt.

Die großen blauen Firmenschilder, welcher ein hiesiger Unternehmer in neuerer Zeit an den freistehenden Giebeln zahlreicher Häuser anbringen ließ, bilden zur Zeit den Gegenstand eines Rechtsstreites zwischen dem betreffenden Unternehmer und dem königlichen Polizeipräsidium. Auf die Denunziation eines Buchhändlers T. hin hat das Polizeipräsidium bereits am 10. Januar eine Verfügung gegen den Unternehmer erlassen, durch welche derselbe aufgefordert wird, die Giebelaufschriften zu entfernen. Gegen diese Verfügung hat der Unternehmer durch die Rechtsanwälte Dr. Sandstein und Winterfeld beim Stadtausschuß Einspruch erhoben. Die Klagebeantwortung ist seitens des Polizeipräsidiums bereits eingegangen. Das Einschreiten der Behörde stützt sich besonders auf folgende Umstände: Noch in den vierziger Jahren war es Jedermann gestattet, Zettel mit beliebigen Ankündigungen an irgend welchen fremden Häusern anzuheften. Die kgl. Universität untersagte dies zuerst. In der Folge entstanden die sogenannten Litfaßsäulen; zugleich erging eine Polizeiverordnung, laut welcher öffentliche Anzeigen nur an diesen Säulen angeschlagen werden dürfen. Nur den Hauswirthen und ihren Miethern blieb es gestattet, am eigenen Hause Zettel und Aufschriften, z. B. Vermiethungsofferten, Firmenschilder 2c. anzubringen. Der vorerwähnte Unternehmer hat nun zwar in den 63 Häusern, deren Gebiet er bemalen ließ, einen Boden oder sonst einen kleinen Raum gemiethet, worüber regelrechte Miethsverträge vorliegen, nach denen er 40, 50, auch bis 60 Mark Jahresmiethe zahlt, das Polizeipräsidium glaubt aber, daß mit diesen Miethungen der Inhalt der betreffenden Verordnung nicht erfüllt, diese vielmehr nur dadurch umgangen werden soll. Es ist festgestellt worden, daß die gemietheten Bodenräume weder als Wohnung, noch als Geschäftslokal, noch als Lagerraum benutzt werden, denn wenn auch hier ein Packet Makulatur, dort einige alte Bretter in den gemietheten Räumen liegen, so kann nach Ansicht der Behörde von einer ernstlichen Benutzung keine Rede sein, der Unternehmer daher auch nicht als „Miether“ im Sinne der Verordnung gelten. Das Polizeipräsidium, das alle 63 Miethsverträge in jedem einzelnen Falle untersucht hat, bestreitet die Rechtsgiltigkeit derselben und hält sie nur für Scheinverträge, zu dem Zwecke abgeschlossen, die qu. Verordnung zu umgehen. Das Polizeipräsidium ist in dieser Beziehung bisher sehr nachsichtig vorgegangen, indem es in einzelnen Fällen Aufschriften an Häusern duldete, namentlich wenn dieselben künstlerisch ausgeführt waren, es erblickt aber in der massenhaften Anbringung solcher Aufschriften seitens eines einzelnen Unternehmers, zumal dieselben alle nach einer Schablone hergestellt sind, einen Mißbrauch ihrer bisherigen Nachsicht. Jedenfalls dürfte der Verlauf des angestrengten Prozesses vom Publikum mit größter Spannung verfolgt werden.

Soziale Uebersicht.

Von der Goldleisten-Fabrik Schmidt & Hoffmann erhalten wir folgendes Schreiben: „In der Nummer Ihrer Zeitung vom 15. Febr. cr. schreiben Sie unter: „Soziale Uebersicht“, daß verschiedene Arbeiterinnen von uns entlassen worden seien, weil sie Mitglieder des Fachvereins sind. Diese Behauptung ist vollständig aus der Luft gegriffen, vielmehr ist der Grund hiervon in dem Betragen der betreffenden Arbeiterinnen zu suchen. Der Reporter, welcher die erste Nachricht hinterbracht hat, kann sich von der Wahrheit unserer heutigen Mittheilung bei den noch bei uns arbeitenden Leuten überzeugen. Wir bitten Sie hiermit, unser heutiges Schreiben ebenfalls in Ihrem w. Blatte zu veröffentlichen und zeichnen Hochachtend Schmidt u. Hoffmann.

Versammlungen.

Zu zwei Versammlungen, welche heute (Donnerstag) Abend in der Brauerei „Friedrichshöhe vormals Patzenhofer“ und „Friedrichshain vormals Lips“ stattfinden sollten und zwar Behufs Feststellung des Wahlergebnisses, wurde vom Polizeipräsidium statt der gewünschten Anmeldungsbescheinigung die Genehmigung versagt. Das Polizeipräsidium ist der Ansicht, daß — trotz bevorstehender Stichwahlen 2c. — die Periode der Wahlbewegung mit dem heutigen Tage Abends 6 Uhr erlösche und daß eine Genehmigung 48 Stunden vorher hätte nachgesucht werden müssen. Auch eine persönliche Vorstellung des einen Einberufers fruchtete nichts. Beschwerde wird eingelegt werden. Dagegen wurde die ordnungsmäßige Anmeldungsbescheinigung ertheilt für zwei Versammlungen, welche in den oben genannten Lokalen heute Abend 5½ Uhr stattfinden werden, mit der Tagesordnung „Geschehnisse am Wahltage; das Wahlresultat in Berlin und anderen Städten, Feststellung und Besprechung“. Diese Versammlungen werden demnach heute Abend stattfinden.

Friedrichshagen. Am Donnerstag, den 13. d. M., fand in Friedrichshagen eine von etwa 300 Personen besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Herr Fritz Krüger als Referent über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. Er ging scharf ins Gericht mit dem vergangenen Reichstage. Er schilderte in packender Weise, wie die Regierung es versteht, sich eine gefügige Majorität zu schaffen, und dann bei einer Gesetzesvorlage sich diejenige Partei heranzieht, um sie für dieselbe zu gewinnen, welche die wenigsten Anforderungen an dieselbe stellt. Bei der Besprechung des gleichen geheimen direkten Wahlrechts erinnerte er an einen Ausspruch Schulze-Delitzsch's, „entfesseln Sie die Bestie nicht, um das Volk nicht in die Versammlung zu führen.“ Ferner gedachte er des Berliner Reichstagskandidaten Freiherrn von Liliencron, welcher „dem Kaiser durch die Wahl eines reichstreuen Kandidaten eine Freude bereiten will“, für die Sozialdemokraten aber nur noch Pulver, Blei und Kanonen übrig hat. Er brachte in Erinnerung, wie der vergangene Reichstag durch das fürchterliche Kriegsgeschrei der Regierung, Wahlbeeinflussungen gröbster Art und durch Verheimlichung der vielen Millionen für Marine und Artillerie zusammengekommen ist. Ferner brachte er in Erinnerung, wie die Freisinnigen ohne Weiteres die vielen Millionen bewilligt haben, von einer progressiven Einkommensteuer mit Selbsteinschätzung wollen sie aber nichts wissen. Er führte ferner aus, wie durch die Korn-, Holz-, Tabak-, Zucker-, Wein-, Branntwein- und Salz-Zölle (Salz pro Pfd. 6 Pf.), auf der einen Seite die schon Begüterten erheblichen Vortheil durch dieselben haben, und auf der anderen Seite der Aermere den schweren Druck der Zölle fühlt, und dies Alles haben wir dem Kartellreichstage zu verdanken, der uns auch ohne Gnade das Wahlrecht noch mehr beschneiden würde, wenn er zur Macht gelangt. Einen Ausspruch des Exministers Puttkamer nagelte er noch fest, welcher sagte, „daß Jeder, der sich der Mithilfe bei der Wahl eines reichstreuen Kandidaten befleißige, sich des Dankes des Kaisers zu erfreuen hätte“. In einer Wählerversammlung im Kreise Guben, so berichtet Referent weiter, habe er als Quintessenz den internationalen Arbeiterschutz aufgestellt; darauf hat ihm die dortige konservative Zeitung, nachdem er das Städtchen verlassen, nachgeschrieben, „eine solche Idee könne auch nur in dem Hirnverbrannten Kopfe eines Fritz Krüger entstehen“, acht Tage später, die kaiserlichen Erlasse, o Malheur! Nun ihr muthigen Konservativen, habt ihr vielleicht jetzt noch die Stirn die Idee als eine „hirnverbrannte“ zu bezeichnen, oder treibt auch der Servilismus soweit, daß Ihr Eure eigene Ueberzeugung verleugnet? Einen kleinen Irrthum des Abg. Richter brachte er noch zur Kenntniß, welcher seinerzeit sagte: „Wenn das Sozialistengesetz zwei Jahre bestanden hat, ist die Sozialdemokratie todt.“ Er vertrat ferner die Ansicht, daß man mit den kaiserlichen Erlassen nur eine Bresche in die Sozialdemokratie legen wolle, daß man aber jetzt erst recht viel Sozialdemokraten in den Reichstag schicken müsse, damit etwas vernünftiges zu Stande kommt, weil man von den anderen Abgeordneten, welche uns für unfähig halten, in militärischen Dingen zu urtheilen, ein Verständniß für soziale Arbeiterfragen nicht erwarten kann. Der Kandidat Lohren erklärt in einem vorliegenden Flugblatte, daß er nie zu Gunsten der Sozialdemokraten stimmen werde. In einer Versammlung in Rummelsburg wurde der Kandidat Hausburg, freisinnig, von Herrn Stadthagen interpellirt, daß doch ein junger Mann, der von zwanzig Jahren in den Krieg ziehe und seine Steuern bezahle auch an der Wahl theilnehmen könne. Dem widersprach Herr Hausburg ganz entschieden. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine interessante Zusammenstellung der Steuern gemacht, welche pro Kopf mit 17 Mark, schlecht gerechnet, das Jahr zu zahlen sind, ebenfalls wurde aus der Mitte der Versammlung scharf mit dem Kandidaten Lohren in's Gericht gegangen, und schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige große Wählerversammlung in Friedrichshagen verwahrt sich ganz entschieden gegen die Ausführungen des Herrn Ministers Herrfurth, „die sozialdemokratische Partei bestehe aus Leuten, die nicht arbeiten wollen“, und bedauert, daß der Herr Minister nicht Veranlassung genommen hat, sich eingehender und zuverlässiger zu informiren, bevor er das „arbeitende Volk Deutschlands“ von einer so hohen Warte aus, wie es die Tribüne des Reichstages ist, mit dem Makel der Faulheit belastete.“

In seinem Schlußworte bedauerte Referent, nirgends in den Versammlungen Gegner zu finden, erwähnte jedoch einer Ausnahme, wo sein Gegner kein Geringerer war, als ein Prediger, welcher die Behauptung aufstellte, daß man zum Glücklichsein „nichts“ bedürfe, nicht einmal des Essens. Er führte aus einem konservativen Flugblatte, das damit noch prahlen wollte, vor, daß in Deutschland pro Kopf 19,17 M. Steuern und Zölle gezahlt werden. Ferner verlangte er eine prozentuale Auszählung der Wahlstimmen und eine garantirte Geheimhaltung der Wahl durch Lieferung von Couverts durch die Regierung. Schließlich kritisirte er noch den berühmten Ausspruch des Ministers Herrfurth, daß die Sozialdemokraten Menschen sind, die nicht arbeiten wollen. Mit einem dreifachen stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie, den Kandidaten und den Referenten schloß die Versammlung. Der Vorsitzende des Wahlkomitee's in Friedrichshagen ist Tischlermeister Syverling daselbst. Das Lokal des Komitee's am Tage der Wahl ist im Restaurant E. May, Friedrichstraße daselbst.

* * *

Große öffentliche Wählerversammlung des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises am Donnerstag, den 20. Februar, Abends 8½ Uhr, bei Scheffer, Inselstr. 10. Tagesordnung: 1. Verkündigung des Wahlresultats. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Große öffentliche Wählerversammlung für Rixdorf und Umgegend am Donnerstag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, in der Bergschloßbrauerei „Neue Welt“, Hasenheide. Tagesordnung: Verkündigung des Wahlresultats. Alle Wähler, ohne Unterschied der Parteirichtung, sind willkommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Donnerstag, den 20. Februar cr., Abends 8½ Uhr, in der Moabiter Volks-Brauerei: Große Versammlung. Tagesordnung: 1. Verkündigung. 2. Verschiedenes und Fragekasten. Alle Wähler, ohne Unterschied der Parteirichtung, als Gäste willkommen.

Verein ehemaliger Schüler der 23. Gemeindeschule. Heute, Donnerstag, 9½ Uhr, Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72 (Glashalle). Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Männergesangverein der Puher Berlins und Umgegend. Geselligkeit“ am Freitag, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Preuker, Sch...

Verein der Modeltischler Berlins und Umgegend. Maskenball am Sonnabend, den 22. Februar, in dem 3000 Personen großen Saal der Brauerei Friedrichshain am Königstthor, bei elektrischer Beleuchtung. Um 12 Uhr Demaskirungs-Polonaise, Ueberraschungen verschiedener Art. Billets hierzu à 50 Pf. Komiteemitgliedern, Herren C. Moldenhauer, Müllerstr. 100; Borsigstr. 26; W. Abraham, Schönhauser Allee 69; G. Kuschel straße 14; M. Sonntag, Schulzendorferstr. 20; R. Schütz, R. Berndt, Rheinsbergerstr. 29 bei Fötisch; J. Klann, Reinickendorf; R. Westphal, Reinickendorf, Antonienstr. 68; sowie bei dem Kassirer W. Röde, Feldstr. 9, zu haben. — Um recht zahlreichen Zuspruch bitten.

Die Kranken- und Begräbnißkasse des Vereins sämmtlicher Klassen, Verwaltungsstelle Berlin I hält Sonnabend, den 22. Februar, 8 Uhr, Blumenstr. 78, bei Wollschläger, eine Versammlung ab. Tagesordnung: Kassenbericht. Anträge. Geschäftliches. Mittheilungen. Die Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Kranken- und Begräbnißkasse für die im Berliner Gärtnerei-Produktengewerbe beschäftigten Personen (Eingeschr. Hülfskasse). Oertliche Generalversammlung (II. § 29 des Statuts). Sonntag, den 24. Februar, Vormittags 10½ Uhr, in den Zentral-Festsälen, Dresdenerstr. 120. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung und Jahresbericht des Rechnungsführers. 2. Wahl des gesammten Vorstandes und der Ausschußmitglieder. Legitimationsbuch legitimirt. Um zahlreichen Besuch wird ersucht.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Nr. 29 Hamburg) Filiale Berlin Nord, sowie der Zentral-Krankenkasse der Metallarbeiter Vulkan Nr. 89: Versammlung am Sonntag, den 24. d. Mts., Vormittags 10½ Uhr, bei P. Gottschalk, Badstr. 22. Tagesordnung: 1. Kassenbericht pro November und Dezember. 2. Innere Angelegenheit.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Berlins und Umgegend. Sonntag, den 23. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72: Große Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz und die ersten Bestimmungen für Arbeiter. 2. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Kollegen werden ersucht, Fragebogen abzuliefern.

Verein Berliner Steinhauer. Die Generalversammlung (Wahl neuen Vorstandes) findet am Sonntag, den 22. Februar, Vormittags 10 Uhr, Lokale Gartenstr. 129 statt.

Ortskrankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter. Generalversammlung der Vertreter der Kassenmitglieder und der Ersatzmänner Mittwoch, den 26. Februar, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Salon, Müllerstraße 75, 1 Treppe. Tagesordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung 1889 und Bericht der Revisoren. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes und der Vertreter der Kassenmitglieder. 3. Abrechnung der Kommission. 4. Vorwahlen der Delegirten. 4. Das Verhalten der Mitglieder bei den letzten Delegirtenwahlen. Die Legitimationskarten werden bei der Versammlung überreicht.

Der Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter befindet sich bei Witzer. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von ... Sonntags Vormittags von 10—11½ Uhr, sowohl an Mitglieder wie Nichtmitglieder unentgeltlich statt.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Donnerstag. — Gesangverein „Lätitia“ Abends 9 Uhr in Pettin's Restaurant, Gr... — Gesangverein „Vorgebirgschor“ Abends 8½ Uhr im Restaurant ... nickerstraße 100. — Männergesangverein „Nordstern“ Abends ... Restaurant Pohl, Müllerstr. 7. — Schäfer'scher „Gesangverein“ ... Abends 9 Uhr bei Wolf u. Krüger, Skalitzerstr. 128, Gesang. — ... „Blüthenkranz“ Abends 9 Uhr im Restaurant Brandenburgstr. 6. — ... gesangverein „Alexander“ Abends 9 Uhr im Restaurant Rose, ... straße 3. — Männergesangverein „Germania“ bei Kinner, Köpenickerstr. ... Gesangverein „Männerchor St. Urban“ Abends 9 Uhr Annenstr. ... verein „Deutsche Liedertafel“ Abends 9 Uhr Köpnickerstr. 160. — ... „Norddeutsche Schleife“ Abends von 9 bis 11 Uhr, Michaelkirchstr. ... Männergesangverein „Sangesfreunde“ Abends 9 bis 11 Uhr, Friedrichshallen (Krüger), Große Frankfurterstr. 102. — „Brunonia“ Abends ... Uebungsstunde bei Lehmann, Alexandrinenstr. 32. — Turnverein „Germania“ (Lehrlingsabtheilung) Abends 8 Uhr Dieffenbachstr. 60—61. — „Turngenossenschaft“ (7. Lehrlingsabtheilung) Abends 8 Uhr in der städtischen Turnhalle, Brixenstr. 17—18; — desgl. 6. Männerabtheilung Abends 8 Uhr in der städtischen Turnhalle, Gubenerstr. 51. — Lübeck'scher Turnverein, Abtheilung) Abends 8 Uhr Elisabethstr. 57—58. — Allgemeiner ... Stenographenverein, Abtheilung „Louisenstadt“, Abends ... Restaurant Preuß, Oranienstraße 51. — Arends'scher Stenographen-Verein „Phalanx“ Abends 8½ Uhr im Restaurant „Zum Buckower Garten“, ... straße 9. — Deutscher Verein Arends'scher Stenographen Abends 8 Uhr Heidt's Restaurant, Koppenstr. 75, Unterricht und Uebung. — Berliner Stenographen-Verein (System Arends) Abends 9 Uhr im Restaurant ... straße 209. — Stolze'scher Stenographenverein „Nord-Berlin“ Abends ... Schlegelstr. 44. — Verein der „Naturfreunde“ Abends 9 Uhr im ... Wienerstr. 35. — Verein der Unruhstädter Abends 8½ Uhr im Kasino, Holzmarktstr. 72. — Verein ehemaliger F. W. Realschüler am 1. und 3. Donnerstag jeden Monats im Café Schöne ... bergerstr. 79 Abends 8 Uhr. — Rauchklub „Kernspitze“ Abends 9 Uhr Restaurant Böhl, Rüdersdorferstr. 8. — Rauchklub „Arcona“ Abends ... bei Zipliński, Reichenbergerstr. 71. — Rauchklub „Tegimalwacht“ ... 9 Uhr im Restaurant Lock, Krautstr. 48. — Rauchklub „Borussia“ ... 9 Uhr beim Herrn Tempel, Restaurant „Zum Ambes“, Breslauerstr. ... „Orientalischer Rauchklub“ Abends 9 Uhr im Restaurant Wiecker, ... straße 8. — Rauchklub „Krumme Piepe“ Abends 9 Uhr Langestr. ... dorf. — Rauchklub „Collegia“ Abends 9 Uhr bei Thiemermann, ... — Privat-Theatergesellschaft „Adlerschwinge“ Sitzung 9½ Uhr ... bei Träger. — Musikverein „Vorwärts“ Uebung Abends von 8 Uhr Fischerstr. 41. Neue Mitglieder erwünscht. — Vergnügungsverein ... Abends 9½ Uhr Sitzung Fidelitas Invalidenstr. 139. Gäste willkommen ... nahme neuer Mitglieder.

Neueste Nachrichten.

Zu den Berathungen der beiden Abtheilungen des Staatsraths, welche am 26. d. M. im Saale des Bundesraths, Wilhelmstraße 74, beginnen werden, ... der „Reichsanzeiger“ im nichtamtlichen Theile mit: ... Befehl des Kaisers als sachkundige Personen eingeladen worden: der Schlossermeister Deppe zu Magdeburg, der Werkmeister Spengler zu Mettlach, der Bautischler ... Vorderbrügge zu Bielefeld, der Generalsekretär ... München-Gladbach, der Putzer Buchholz zu Berlin, ... vertreter der nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft und nichtständiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamts, ferner der Direktor Schlittgen zu Marienhütte bei ... und der Fabrikbesitzer H. Freese zu Berlin.

Von der Arbeiter-Kontrolkommission deutscher Tabakarbeiter ist, wie märkische Blätter berichten, den Gubenern muthlich auch anderen, Hutfabrikanten, folgendes Schreiben zugegangen: „Die gesammte deutsche Arbeiterschaft ist ... Arbeitern der Hutindustrie aufgefordert worden, in ... nur solche Hüte zu kaufen, welche mit der von uns ausgegebenen Arbeiter-Kontrolmarke versehen sind. Eine große Zahl ... beiterversammlungen haben bereits dahingehende Beschlüsse gefaßt. Wir stellen Ihnen daher diese Marke zur Verfügung, mit ... Bemerken, daß Sie dieselben nur für Ihren eigenen Bedarf ... halten, andernfalls wir Ihnen weitere nicht mehr senden ... Die Marke muß unter dem Leder kleben. Der Preis beträgt ... 100 Stück 1 M. gegen vorherige Einsendung des Betrages ... Zusendung erfolgt portofrei. Es wird in Ihrem eigenen Interesse liegen, uns Ihren wöchentlichen Bedarf rechtzeitig zukommen zu lassen; für sofortige Zusendung werden wir stets Sorge tragen. Von Zeit zu Zeit werden wir den Huthändlern Deutschlands ... Namen derjenigen Firmen mittheilen, welche Marken ... beziehen.

Depeschen.

(Wolffs Telegraphen-Bureau.)

Revers, 19. Februar. In dem Kohlenbergwerke ... fand eine Explosion schlagender Wetter statt. Bis jetzt ... 34 Leichen zu Tage gefördert worden sein.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Antwort wird nicht ertheilt.

G. Junker. Ihre Gesinnung ist gut, aber die Form mangelhaft.

E. S. Daß für ein zweites, von einem anderen ... stammendes uneheliches Kind Alimente nicht gefordert ... können, ist in § 9 Nr. 2a des Preußischen Gesetzes vom ... 1854 ausdrücklich bestimmt.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Pading in Berlin SW., Beuthstraße 2.